Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 176. Bromberg, Freitag den 1. August 1924. **48. Jahrg.**

Aufruf!

An die Ansiedler,

deren Besitzrechte auf Grund des polnischen Gesetzes vom 14. Juli 1920 annulliert wurden und z. Zt. der Annullation polnische Staatsbürger waren.

1. Der Völkerbundrat hat am 17. Juni 1924 im Einvernehmen mit der polnischen Regierung für diejenigen Ansiedler, die z. Zt. der Annullierung ihrer Besitzrechte polnische Staatsangehörige waren, eine Entschädigung festgesetzt. Mit der Verteilung dieser Entschädigung bin ich, Senator Erwin Hasbach (Deutsche Fraktion), als Vertrauensmann der polnischen Regierung beauftragt.

2. Alle Anschriften sind zu richten an Senator Hasbach, Poznań, Wały Leszczyńskiego 2, wo ich mein Bureau eingerichtet habe.

3. Zur Erlangung der Entschädigung ist ein Antrag an den Vertrauensmann, d. h. also an Senator Hasbach, erforderlich.

4. Die Frist zur Einreichung dieser Anträge läuft am 17. September 1924 ab: Als Einreichungstag gilt der Tag der Aufgabe bei der Post.

Anträge nach dem 17. September 1924 werden nicht berücksichtigt.

5. Nach Eingang des Antrages in meinem Bureau werde ich den Ansiedlern sofort mitteilen, was sie zur Erlangung der Staatsangehörigkeitsbescheinigung (Ziffer 6) zu tun haben.

6. Der Antrag an den Vertrauensmann soll etwa lauten:

Ich (Vor- und Zuname), wohnhaft in (jetzige genaue Adresse), bitte um Auszahlung des auf mich entfallenden Betrages der für annullierte Ansiedler festgesetzten Entschädigung.

Ich besaß z. Zt. der Annullation die Ansiedlungs-Renten-Pacht-Stelle in (Ort, Kreis), Stellennummer . . . .

Ich war z. Zt. der Annullierung polnischer Staatsangehöriger. Bescheinigung über meine polnische Staatsangehörigkeit z. Zt. der Annullation werde ich nachreichen.

(Ort und Datum.) (Vor- und Zuname.)

7. Alle Schreiben im Verlaufe des Auszahlungsverfahrens sind, wenn durch die Post übersandt, eingeschrieben zu schicken.

Warszawa, den 29. Juli 1924.

Hasbach, Senator.

Alle Zeitungen werden um wiederholten Abdruck dieses Aufrufes an sichtbarer Stelle gebeten.

Meine Dienststunden im Bureau sind von 8—1 vormittags und von 4—6½ Uhr nachmittags.

Die Lösung der Minderheitenfrage in Polen.

In der „Československá Republika" vom 17. Juli veröffentlicht Dr. Josef Foltyn einen Aufsatz, der die tschechische Auffassung über die Lösung der Minderheitenfrage in Polen widerspiegelt. In dem Aufsatz heißt es:

Es gibt in Europa kein Land, in dem das Minoritätenproblem wichtiger und dringlicher wäre als in Polen. Das fühlten auch die Polen selbst und es war ihnen unangenehm, daß die Minoritätenfrage immer und immer wieder Gegenstand der Verhandlungen des Völkerbundes war. Deshalb wurde, als die gesetzgebende Versammlung Polens auseinanderging, bestimmt, daß die Frage in den östlichen Wojewodschaften innerhalb von zwei Jahren gelöst sein müsse. Der Termin wäre am 22. September d. J. abgelaufen. Schon dadurch wurde eine Lösung dieser Frage auf gesetzgeberischem Wege sehr dringend. Aber es gab auch andere Gründe.

Ob nun die Beschwerden begründet oder übertrieben waren, sie haben doch im Ausland eine Stimmung gegen Polen herorgerufen und Affären wie die mit dem Primas Szeptycky haben sie nur bestärkt. Das Manifest der französischen Intelligenz **gegen die nationale und soziale Bedrückung in Polen** war für diese Stimmung ein sprechender Beweis. Und ob man es in Polen leugnet oder nicht, so öffnete es vielen denkenden Menschen in Polen die Augen. Auf seiner letzten Reise durch Europa mußte der Führer der Linken und Vorsitzender der Partei „Wyzwolenie" Thugutt auch vom englischen Ministerpräsidenten einige Bemerkungen in dieser Beziehung anhören, die den Polen wenig gewogen waren.

Das führte dazu, daß, als die Finanzreform wenigstens in groben Umrissen durchgeführt war, die Regierung des Finanzorganisators Polens Grabski sich auch mit der Lösung der nationalen Frage zu beschäftigen begann. In der Presse zeigten sich Nachrichten, daß die polnische Sozialdemokratie mit dem Antrag für eine Autonomie Ostgaliziens kommen und daß sie das Ansuchen ukrainischer Kreise unterstützen werde, daß in Lemberg eine ukrainische Universität errichtet werde. Es zeigte sich aber, daß diese Gerüchte zu weit gingen.

Was vorige Woche im polnischen Sejm abgestimmt wurde, soll nach der Behauptung der Referenten über diese Minoritätengesetze **nur ein Anfang der Lösung** sein. Das Werk ist das Werk eines Kompromisses. Die nationale Rechte, welche in der vorbereitenden Kommission Abg. St. Grabski vertrat, einigte sich auf mittlerem Wege über **den Antrag der Linken, welche Thugutt vertrat.** Die Vertreter der nationalen Minderheiten hatten auf die Verhandlung keinen Einfluß und protestierten daher gegen die Vorlage.

Drei Gesetze, welche dem Sejm vorgelegt und angenommen wurden, umfassen nicht die Lösung der Minoritätenfrage im ganzen. Sie beziehen sich in erster Linie auf die östlichen und nordwestlichen Gebiete und daher nur auf die ukrainische, weißrussische und litauische Nationalität. Die Frage der Deutschen und der westlichen Wojewodschaften wird selbständig gelöst. Die Frage der Juden wurde in das Gesetz nicht aufgenommen, schon deshalb nicht, wie der Referent Abg. Kiernik behauptete, weil die Juden allzusehr verstreut und untereinander nicht einig sind, ob Hebräisch oder der Jargon als Nationalsprache anerkannt werden soll oder nicht.

Das erste Gesetz handelt von der Staatssprache und von den Amtssprachen der Staats- und Selbstverwaltungsämter. Das zweite über die Organisation des Schulwesens und das dritte über die Amtssprache der Gerichte, Prokuratoren und Notariate.

Staatssprache ist das Polnische und in ihr wird im ganzen Reich amtiert. Eine Ausnahme bilden nur die Wojewodschaft Lemberg, Tarnopol, Stanislau, Wolhynien für die Ukraine, die Wojewodschaft Nowgorod, Wilna und ein Teil von Bialystok für die Weißrussen und schließlich ein Teil der Wojewodschaft Wilna für Litauer. Dort können auch Eingaben und Erledigungen in der Muttersprache vorgebracht werden.

Allgemeine Kundmachungen können neben dem Polnischen auch in einer anderen Sprache veröffentlicht werden, wenn sich der Selbstverwaltungskörper hierfür entschließt. Staatliche Kundmachungen werden neben dem Polnischen auch in jenen Sprachen publiziert, in welchen die Kundmachungen der Selbstverwaltungskörper herausgegeben werden.

Die Antragsteller dieses Gesetzes gingen von zwei Voraussetzungen aus: 1. Die Republik ist ein polnischer Staat, 2. die Ostgrenzen Polens umfassen nicht ein Stückchen Land fremder Nationalitäten, welche dem polnischen Staat einverleibt sind und innerhalb der polnischen Grenzen sind nur Länder eines beständigen untrennbaren Beisammenlebens des polnischen und nichtpolnischen Volkes. Diese Formulierung der Kardinalprinzipien rief bei den Minderheiten einen großen Sturm des Widerstandes hervor, welcher beim zweiten Gesetz (Schule) noch gesteigert wurde. Referent war der gewesene Minister des Innern, Abg. Kiernik. Dieser hielt es für richtig und notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Gesetze liberaler seien als die entsprechenden Gesetze in der Tschechoslowakei. Der Inhalt des Schulgesetzes ist aber die beste Kritik der Richtigkeit dieser Behauptung.

Der Haupttypus der Staatsschule in den schon genannten Gebieten ist die zweisprachige Schule, welche zu einem ruhigen Zusammenleben der Kinder beider Nationalitäten erziehen soll. Wenn in einem bestimmten Schulbezirk die Eltern von 40 Kindern um Unterricht in der Muttersprache ansuchen, werden sie nicht in der Staatssprache, sondern in der Muttersprache unterrichtet. Wenn aber darunter 25 Kinder sind, welche den Unterricht in der Staatssprache fordern, wird die Schule utraquistisch sein. Bestehen schon Schulen mit polnischer und russischer Unterrichtssprache, so werden sie zu einer utraquistischen vereinigt. In allen Schulen auch mit einer anderen Unterrichtssprache ist Polnisch Pflichtgegenstand. Neu zu errichtende Lehrerbildungsanstalten werden alle utraquistisch sein. Wo eine polnische Mittelschule ist, und wo die Eltern von 150 Schülern darum ansuchen, entsteht eine utraquistische Mittelschule. Wo bisher an einer Mittelschule in nicht polnischer Sprache unterrichtet wird, und nicht die Möglichkeit besteht, sie in eine utraquistische zu verwandeln, wird **Literatur, Geschichte, Geographie und Staatsbürgerkunde in polnischer Sprache** unterrichtet. Diese Bestimmung bezieht sich auch auf Privatschulen.

Über das Hochschulwesen ist im Gesetz keine Erwähnung getan, wodurch der größte Wunsch der Ukrainer nach einer ukrainischen Universität in Lemberg auf eine lange Zeit hinaus vertagt ist. Bei uns, wo wir mit utraquistischen Schulen aus der österreichischen Zeit traurige Erfahrungen haben, wird kaum jemand zu finden sein, der die Behauptung des Abg. Kiernik als richtig anerkennen würde.

Das dritte Gesetz ist vom gleichen Geist getragen, wie das erste Gesetz. Eine Besonderheit bildet die Bestimmung, daß die in nichtpolnischer Sprache den Gerichten übergebenen Eingaben dann, wenn es die Gegenseite innerhalb von 14 Tagen fordert, durch die Einreicher mit einer polnischen Übersetzung versehen werden müssen, und daß erst dann als Tag der Überreichung der Tag der Überreichung der Übersetzung gilt.

Aus allem, was hier mitgeteilt wurde, geht hervor, daß die Lösung der Minoritätenfrage in Polen die ersten Schritte gemacht hat. Ob sie richtig waren, wird die Zukunft zeigen.

Vor einer neuen Regierungskrise in Polen?

Der **„Głos Narodu"** veröffentlicht folgende alarmierende Nachricht aus Warschau:

Politische Kreise bestätigen die These des „Głos Narodu", daß **Ministerpräsident Grabski zurücktreten** möchte, da er sich nicht genug bei Kräften fühle, um der immer größer werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Seine Absicht sei es daher, **eine neue Regierungskrise** hervorzurufen. Eines dieser Mittel sei die Tendenz gewesen, die Rechtsparteien dazu zu bewegen, das Portefeuille des Außenministeriums Skrzyński anzuvertrauen. Im Falle des Mißlingens dieser Aktion solle die Krise auf einem anderen Wege in Szene gesetzt werden. Der Ministerpräsident beabsichtige, von der Kammer zu verlangen, daß seine Politik in der Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle **akzeptiert werde. Sollten die Kammern sich** damit nicht einverstanden erklären, so sei er entschlossen, hieraus seine Konsequenzen zu ziehen.

Von keiner anderen Seite liegt eine Bestätigung dieser Annahme vor. Nach Information des „Dziennik Bydgoski" jedoch stellt sich die Sache so dar, **daß nicht Grabski die Krise hervorrufen will, sondern daß gewisse Kreise am Werk sind, ihn zu stürzen,** weil er ihnen unbequem ist. Der erste Versuch der Untergrabung der Autorität der Regierung Grabskis sei der unglückliche Gedanke der Umbildung des Kabinetts zu einem parlamentarischen gewesen, die unter dem Druck des Nationalen Volksverbandes erfolgt ist. Daß Herr Grabski in diese Falle gegangen ist, beweise lediglich seine geringe politische Orientierung. Um so vorsichtiger sollte er, so meint der „Dz. Bydgoski", gegenüber weiteren Intrigen sein, die zweifellos die Kreise anzuzetteln gedenken, denen die Wirtschaftspolitik Grabskis nicht genehm ist. Der „Dz. Bydgoski" schließt: Bis zur vollständigen Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse können wir neue parlamentarische Versuche nicht gestatten, die uns die Regierungen Witos—Kucharski in Erinnerung bringen würden.

Der Złoty (Gulden) am 31. Juli

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,23 Złoty
	100 Złoty =	109½ Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21 Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,92 Złoty
	Rentenmark . . =	1,27½ Złoty

•

Reorganisation im Außenministerium.

Wie die „Republika" erfährt, wird eine der ersten Aufgaben des neuen Außenministers die Reorganisation des Ministeriums sein, die auf Grund des kürzlich angenommenen Organisationsstatuts des Außenministeriums erfolgen wird. Diese Reorganisation soll hauptsächlich das politische Departement betreffen. Die anderen Abteilungen des Ministeriums werden von der Reorganisation nur in beschränktem Maße betroffen werden.

Die Reorganisation des politischen Departements wird darauf beruhen, daß es in drei Abteilungen geteilt wird, und zwar in das allgemeine, das östliche und das westliche. Im Zusammenhange damit erfolgen gleichfalls Personalveränderungen. An der Spitze der allgemeinen Abteilung soll Dr. Łoś stehen, zum Chef der Westabteilung wird der Gesandte in Stockholm, Michałowski, ernannt werden und zu seinem Stellvertreter Romer. Die Leitung der Ostabteilung soll dem ehemaligen Charge d'Affaire in Prag, Dr. Bader, anvertraut werden. Diese Abteilungen werden in Referate eingeteilt, deren jedes entweder den Verhältnissen Polens zu dem betreffenden Staat oder den besonderen Fragen in der internationalen Politik entsprechen soll.

Im Zusammenhange mit der Reorganisation und dem seit längerer Zeit bestehenden Plane wird von der Vereinigung der Gesandtschaften in Riga und Reval gesprochen. Die Vereinigte Gesandtschaft soll in Riga bleiben. Sollte diese Änderung eintreten, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß auch eine Personalveränderung auf dem Rigaer Gesandtschaftsposten erfolgt. Der gegenwärtige Gesandte in Riga, Włados, ist Kandidat für die Vertretung in Prag. Aktuell ist ferner die Personalveränderung auf dem polnischen Gesandtschaftsposten in London und am Vatikan. Wie die „Republika" weiter erfährt, rechnet man mit der Demission Skirmunts und mit der Ernennung Władysław Skrzyńskis zum Gesandten in London.

Weniger Politik, mehr Aufklärung.

Rede des Senators Hasbach zum Budget des Kultusministeriums, gehalten am 28. Juli 1924.

Mit großer Genugtuung konnten wir heute konstatieren, daß das Ablesen längerer Reden im Senat zulässig ist (Anm.: Ein poln. Abgeordneter hatte kurz vorher den größten Teil seiner halbstündigen Rede abgelesen). Das wäre für uns, die Vertreter der Minderheiten, eine große Erleichterung. Trotzdem ich auch ein solcher Vertreter der nationalen Minderheiten bin, will ich mich dennoch bemühen, soweit es in **meinen Kräften steht,** in polnischer Sprache das zu sagen, was ich für notwendig halte. Meine Herren, die religiösen Fragen, Fragen der Volksaufklärung, ebenso alles das, was in voriger Woche in den drei Gesetzen über Organisation des Schulwesens, die Staatssprache, die Anwendung der Amtssprache vor Gericht und auf den Behörden beraten worden ist, ist eng miteinander verknüpft. Wir sehen deutlich, wie durch all diese Probleme sich wie ein roter Faden die Unduldsamkeit gegen die nationalen Minderheiten zieht. Gelegentlich der Beratung genannter Gesetze konstatierte der jüdische Vertreter Sen. Koerner, daß man die Existenz der Juden vergessen habe. Dasselbe kann ich in bezug auf uns Deutsche feststellen, deren es in Kongreßpolen und Galizien eine beachtenswerte Zahl gibt. Für diese Deutschen ist es eine große Erschwernis, daß man ihnen sowohl die Erziehung ihrer Kinder durch deutsche Lehrer verwehren als auch sie zwingen will, vor Gericht und Staatsbehörden sich ausschließlich des Polnischen zu bedienen. Alle diese Fragen, soweit sie die nationalen Minderheiten hier zu Lande angehen, beruhen auf gewissen Garantien, die der polnische Staat dem Völkerbunde gegeben hat, bevor Polen in den heutigen Grenzen anerkannt wurde. Die Kontrahenten des Versailler Friedensvertrages verlangten von Polen u. a. die Unterschrift des Minderheitsschutzvertrages, weil ihnen bewußt war, welch ungeheure Zahl von nationalen Minderheiten dem polnischen Staate durch seine Neuschaffung **einverleibt wurde.**

Auf einer der letzten Sitzungen der Budgetkommission ereignete sich ein für uns außerordentlich wichtiger Vorfall. Fast einstimmig stellte sich die Kommission auf den Standpunkt, daß mit dem Ausland resp. dem Völkerbunde geschlossene Verträge nicht nur dem Buchstaben nach, sondern dem Sinne nach erfüllt werden müßten. Dieselbe Meinung vertrat der anwesende Vertreter des Außenministeriums. Auf der Tagesordnung stand die Auslieferung der eingezogenen Güter eines österreichischen Erzherzogs, die ursprünglich vom Staate liquidiert waren. Meine Herren, wir sind der Meinung, daß, wenn die polnische Regierung und das polnische Parlament in solch einem Falle den Standpunkt vertreten, daß gegebene Versprechen eingelöst werden müssen, so müssen noch vielmehr Garantien erfüllt werden, wenn sie im Interesse der eigenen Staatsbürger, in diesem Falle der Deutschen, gegeben sind.

Ich gehe zu der Schulfrage über. Herr Senator Thullie stellte in seiner Rede fest, daß die Zahl der polnischen Schulen in vielen Teilen des Landes den Anforderungen noch nicht genügt. Ich stimme dem zu, auch wir sind dafür, daß der allgemeine Kulturstand Polens gehoben werde und sich die Zahl der Analphabeten möglichst verringere. **Wir können jedoch nicht billigen, daß die Zahl der polnischen Schulen dadurch vermehrt wird, daß deutsche Schulen geschlossen werden und in denselben Räumen eine polnische Schule installiert wird.** Es erinnert dies lebhaft an das Verfahren bei unserer bisherigen Agrarreform. Ich habe bisher feststellen können, daß das Ministerium für Agrarreform weder in Pommerellen noch in Poznań wesentlich Neues geschaffen hat. Ich habe lediglich feststellen können, daß aus Besitzungen Leute verdrängt worden sind, die viele Jahre zum Besten des Landes, in dem sie lebten, gearbeitet haben, und daß an deren Stelle neue Leute eingesetzt worden sind. Ob diese neuen Leute zum Vorteil des Staates sich betätigen werden, das werden wir in Zukunft zu beobachten Gelegenheit haben. Wie gesagt, ebenso wird es mit den Schulen gemacht. Diese Schulen sind von der deutschen Bevölkerung mit eigenen Mitteln zweckmäßig gebaut und ausgestattet und da ist es sehr leicht und sehr bequem, eine polnische Schule dadurch einzurichten, daß man die deutsche schließt.

Gestern z. B. ging mir ein Brief aus Wilkowyj, Kreis Gnesen, zu, wo folgender Fall sich ereignet hat. Eines schönen Tages benachrichtigte der Schulinspektor den Schulvorstand, daß diese Schule geschlossen werde. Zur Eröffnung der neuen Schule braucht man einen neuen Vorstand. Dieser Vorstand wird durch den Wójt einberufen und dieser Wójt erklärt den Eltern deutscher Nationalität: Meine Herrschaften, da Ihr Deutsche seid, kann ich Euch in den neuen Schulvorstand nicht aufnehmen. Ihr gehört nicht der katholischen Konfession an und seid darum nicht stimmberechtigt. — Auf diese Weise ist 30 bis 40 Kindern wiederum die Möglichkeit genommen worden, eine deutsche Schule zu besuchen. Die Einzelheiten dieses Falles werde ich mir erlauben dem Herrn Minister bekanntzugeben. Ebenso erhielt ich gestern eine Beschwerde aus Thorn. Dort wurde in allerletzter Zeit eine deutsche Mittelschule geschlossen, in der ungefähr 200 Kindern der Unterricht erteilt wurde. Es ist mir nicht möglich, irgendeinen Rechtsgrund für das Vorgehen der Behörden zu finden und ich bin gespannt, welche Antwort mir in dieser Angelegenheit der Herr Minister erteilen wird. Die Schwierigkeiten, welche uns durch das Unterrichtsministerium gemacht werden, sind ungeheuere. Wir konnten feststellen, daß wir allein an dieses eine Ministerium mehr Beschwerden, Interpellationen usw. absenden mußten als an sämtliche andere Ministerien zusammengenommen. Meine Herren, ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß alle unsere Forderungen durch die vorher erwähnten Garantien begründet sind. Wir denken gar nicht daran, irgendwelche Prärogative für uns in Anspruch nehmen zu wollen. Im Grunde genommen geht es darum, wie man all diese Verträge interpretiert, es geht um den guten Willen und den möchten wir endlich mal sehen. Wir werden erst dann für das Budget stimmen können, wenn wir diesen guten Willen sehen und sich das Verhältnis zwischen den nationalen Minderheiten und der Regierung gebessert hat.

Meine Herren, ich erinnere Sie an die Stellung der deutschen Balten zum russischen Staate. Dort hatten die Deutschen ihre eigenen Schulen, auch unter staatlicher Aufsicht. Die Staatssprache, das Russische, wurde als Hauptfach gelehrt, während alle übrigen Fächer in deutscher Sprache getrieben wurden. Mir ist bekannt, daß viele Polen diese deutschen Schulen im Baltikum freiwillig besucht haben, weil sie einen besonders guten Ruf genossen. Sie werden doch zugeben, meine Herren, daß die im Baltikum lebenden Deutschen, denen man diese Freiheiten auf kulturellem Gebiet gab, ausgezeichnete russische Staatsbürger waren und daß Rußland sich jederzeit auf sie stützen konnte. Ich sehe den Grund nicht ein, warum nicht Verhältnisse, wie sie dort waren, auch in Zukunft bei uns möglich sein sollten. Aber dazu gehört, wie oben gesagt, **der gute Wille der Regierung und schließlich, daß die Regierung das tut, was der Wille der Volksvertretung ist.**

Weiterhin haben wir große Schwierigkeiten mit dem Ersatz an Lehrkräften. Auch hier könnte uns die Regierung bei gutem Willen viel helfen. Gelingt es uns beispielsweise tüchtige Lehrkräfte zu gewinnen, die Danziger Staatsangehörige sind, so wird uns auf Grund irgendeines uralten preußischen Gesetzes, das zur preußischen Zeit niemals angewandt worden ist, die Bestätigung verweigert, weil der Betreffende Ausländer ist. Hierbei handelt es sich meistens um Privatschulen, zu denen der Staat nicht einen Groschen gibt und zu deren Erhaltung die deutschen Eltern freiwillig ungeheure Opfer bringen. Ich bin der Ansicht, daß es in einem Lande wie bei uns, wo es noch reichlich Analphabeten gibt, wichtiger ist, daß unsere Kinder überhaupt etwas lernen, als daß sie durch Erschwernisse seitens der Behörde am Lernen gehindert werden. Ich möchte dem Herrn Minister meinen Standpunkt dahingehend präzisieren: das Unterrichtsministerium möge **weniger Politik und mehr Aufklärung** betreiben.

Ich bin am Schluß meiner Ausführung. **Unser Klub wird nicht für das Budget stimmen.**

Die Londoner Konferenz.

Herriots Bericht an Kammer und Senat.

Paris, 29. Juli. Heute nachmittag wurde folgendes Telegramm Herriots durch den Minister des Innern in der Kammer und im Senat durch den Justizminister verlesen:

„Die Regierung hätte dem Parlament heute gern den vollständigen Wortlaut eines Abkommens, an dem sie seit zwei Wochen arbeitet, vorgelegt, aber trotz anhaltender Bemühungen konnten die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden. Die verschiedenen Artikel des Pariser Abkommens, welche die Grundlage für Dispositionen der Konferenz bilden, sind Ausschüssen überwiesen worden, die unausgesetzt getagt haben.

Der Erste Ausschuß, der beauftragt ist, sich mit Nichterfüllungen und Sanktionen zu beschäftigen, hat einstimmig Entschließungen genehmigt, die von den Vertretern der eventuellen Anleihezeichner für unzureichend für die Sicherung des Erfolges der im Dawes-Plan vorgesehenen Anleihe von 800 Millionen Goldmark bezeichnet worden sind. Aus diesem Grunde konnten die Entschließungen von der Konferenz bisher nicht angenommen werden.

Die französische Delegation wacht bei allem Bestreben, den Anleihezeichnern berechtigte Sicherheiten zu geben, **darüber, daß weder der Versailler Vertrag, noch für den Fall des Nichtzustandekommens einer Kollektivaktion die Rechte Frankreichs irgendwie angetastet werden.**

Der Zweite Ausschuß, der beauftragt ist, die Bedingungen der Wiederherstellung der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu prüfen, hat seine gesamten Entschließungen gestern durch einstimmigen Beschluß der Volkskonferenz genehmigen lassen.

Vorbehalten bleibt nur die Frage des Verbleibens französischer und belgischer Eisenbahner auf dem linken Rheinufer.

Der Dritte Ausschuß setzt seine Arbeiten über die Sachleistungen und die Transferfragen fort. Die Vollkonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung diesen Ausschuß ermächtigt, sein Programm ohne die Mindestbeschränkungen, die ihm bisher auferlegt waren, zu studieren.

Was die Zulassung der Deutschen betrifft, so ist eine Einigung zustande gekommen über die Vorschläge eines Ausschusses, der aus einem französischen und einem englischen Juristen zusammengesetzt war. Dieser Ausschuß hat die Punkte bestimmt, die entweder zwischen den verbündeten Regierungen und Deutschland, oder endlich unter den verbündeten Regierungen zu regeln sind.

Die Reparationskommission ist diesen Vorschlägen entsprechend ersucht worden, sich nach London zu begeben. Die Regierungsführer werden die deutsche Delegation berufen, sobald die Verbündeten sich über die wesentlichsten Fragen geeinigt haben.

Die Verhandlungen, welche zahlreiche technische Schwierigkeiten mit sich bringen, werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Regierung setzt die Verhandlungen fort mit dem festen Willen, die Wahrung der Rechte Frankreichs, die Wiederherstellung der interalliierten Entente und den Frieden zu sichern. Sie hat den Wunsch, die Ergebnisse dieser Verhandlungen, sobald ein Abschluß erzielt ist, dem Parlament zu unterbreiten, damit es an dem ihm zusagenden Zeitpunkt darüber beraten kann."

Der Senat hat sich nach Verlesung dieses Telegramms auf morgen vertagt. Die Kammer begann nach der Verlesung eine Diskussion über den Achtstundentag auf den Eisenbahnen.

Herriots Telegramm wurde in der Kammer durch Beifall der Linken begrüßt, während Zentrum und Rechte in Schweigen verharrten. Von der äußersten Linken ertönte nach der Verlesung der Ruf: „Räumt das Ruhrgebiet!" Auch im Senat applaudierte die Linke, während Mitte und Zentrum eisiges Schweigen bewahrten.

Am Quai d'Orsay wurde jede Auskunft über die Antwort Herriots auf den Brief Macdonalds zur Räumungsfrage verweigert mit dem Bemerken, diese Antwort werde streng geheim gehalten.

*

Die Rheinlandfrage im Vordergrund.

Berlin, 29. Juli. Der „Lokalanzeiger" meldet aus London: Der Schwerpunkt der Konferenz liegt bei den privaten Besprechungen, die sich um nichts anderes drehen als um die Regelung der Rheinlandfrage. Der Anstoß zu der Behandlung dieser Frage ging von den Räumungsfristen aus. In dieser Beziehung verlautet, daß Macdonald Herriot mitgeteilt habe, daß die englische Regierung im kommenden Jahre die Kölner Zone räumen werde. Durch diese Erklärung wurde natürlich das ganze Problem aufgerollt, das unter der Bezeichnung „Sicherheitsfrage" bekannt ist. Über den Verlauf dieser Besprechungen ist vorläufig nichts Näheres bekannt, abgesehen davon, daß die alten Pläne einer Neutralisierung des Rheinlandes durch den Völkerbund im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

*

Letzte Telegramme.

London, 30. Juli. PAT. Die Finanzsachverständigen Aron von seiten Frankreichs, Fisher von seiten Englands, und der Rechtsberater Frankreichs, Fromageot, traten gestern zu einer Besprechung zusammen, um eine Kompromißformel ausfindig zu machen, die die Garantien betrifft, welche die Darlehnsgeber Deutschlands befriedigen könnten. Da die Revidierung der Formel noch nicht beendigt wurde, wurde die Sitzung vertagt. Die Sitzung der ersten und zweiten Kommission beschloß man, heute früh abzuhalten. Die gemeinsamen Beratungen der Vorsitzenden der Delegationen, die gestern nachmittag zusammentreten sollten, wurden gleichfalls vertagt. In Kreisen, die der Konferenz nahestehen, herrscht die Überzeugung, daß **die deutschen Delegierten erst Anfang nächster Woche eingeladen werden.**

London, 30. Juli. PAT. Die für heute angekündigte Einbringung des neuen französischen Projektes über die Garantie für die deutsche Anleihe vor das Plenum der Kommission wird eine gewisse Verzögerung erfahren. Die Enttäuschung, die aus diesem Anlaß in der öffentlichen Meinung beobachtet wurde, beleuchten die „Times" in einem Artikel, welcher der Konferenz gewidmet ist. Das Blatt erinnert daran, daß es vor kaum einer Woche schien, als ob die Schwierigkeiten, auf die die Londoner Konferenz stößt, zahlreich und groß wären, so daß es sogar schien, daß die Londoner Beratungen an diesen Schwierigkeiten scheitern werden. Heute bleibt der Konferenz eigentlich nur ein Problem zur Lösung übrig, und zwar die Frage der Garantie für die in der Anleihe engagierten Kapitalien.

London, 30. Juli. (PAT.) Das wichtigste Ereignis des heutigen Tages bildeten die Beratungen, die am Abend die Hauptdelegierten für die Londoner Konferenz pflogen. Diese Beratungen, die im Anfangsstadium der Konferenz täglich stattfanden, wurden nach einer gewissen Unterbrechung unter Teilnahme Hymans und des Barons Hayashi wieder aufgenommen. Dagegen fanden die für heute angesagten Beratungen der Kommissionen nicht statt. Die erste und die dritte Kommission treten erst morgen zusammen.

London, 30. Juli. (PAT.) Die französischen und belgischen Sachverständigen bearbeiteten unter Teilnahme der italienischen Delegierten einen **Plan für die militärische Räumung des Ruhrgebietes**, der sich auf dieselben Grundsätze einer stufenweisen Einführung stützt, wie der Plan der wirtschaftlichen Räumung, die bereits von der Konferenz beschlossen wurde.

London, 30. Juli. (PAT.) Die Mitglieder der Reparationskommission trafen um 11 Uhr in London ein, wo sie morgen früh offizielle Sitzungen abhalten werden.

„Friedensdiktat."

Die Beurteilung der Konferenzlage in Neuyork.

Neuyork, 26. Juli. „Sun" meldet: Die Bankiers von London und Neuyork glaubten, die deutsche Anleihe innerhalb zweier Monate nach dem Zustandekommen der Verständigung in London auflegen zu können. Die Bankiers würden nicht zögern, die Einladung zur Zeichnung ergehen zu lassen. Im Leitartikel bemerkt „Sun", die französisch-belgische Forderung, eine eigene Beamtentruppe im Rhein- und Ruhrgebiet auch nach der Räumung beizubehalten, stehe im Widerspruch zu den deutlichen Bestimmungen des Dawesplanes. „Evening World" erinnert daran, daß Hughes sich in seiner Rede im Pilgrimklub tatsächlich ganz auf die Seite der Bankiers gestellt habe. Es werde jetzt viel Aufhebens davon gemacht, daß die Finanzmagnaten versuchten, den Regierungen Diktate aufzuerlegen. Nach 6 Jahren fortwährender Mißerfolge der Diplomaten und Staatsmänner sei es aber an der Zeit, daß ein Diktat auferlegt werde, das Diktat des Friedens. **Frankreich müsse endlich begreifen, daß der Krieg vorüber sei.**

Ein kleiner Zwischenfall in London.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" berichtet, wie den „Danz. N. N." aus Paris gemeldet wird, über einen Zwischenfall, der sich im Verlaufe der Plenarsitzung der Konferenz am Montag ereignet habe. Es wurde über die Einladung der deutschen Delegierten verhandelt.

Der rumänische Botschafter, Titulescu, richtete an Macdonald die Frage, ob die kleine Staaten zu Rate gezogen würden, bevor man sich entschließe, die deutschen Delegierten nach London zu berufen.

Macdonald erwiderte: „Sie wurden doch soeben um ihre Meinung befragt. Unser Entschluß steht grundsätzlich fest. Um ihn im gegebenen Augenblick auszuführen, brauchen die Großmächte höchstens während zwei Minuten ihre Meinungen auszutauschen."

„Ich schätze mich glücklich, zu erfahren," antwortete Titulescu, „daß die Großmächte sich in zwei Minuten über irgendeine Frage einigen können."

„Glauben Sie mir," entgegnete Macdonald in gereiztem Tone, „daß, wenn wir in Schwierigkeiten geraten, wir nicht verfehlen werden, Rumänien um Hilfe anzurufen." Worauf Titulescu sagte: „Rumänien erklärt Ihnen durch mich, daß es Ihnen seine Unterstützung gewähren wird." (Jedenfalls eine im Ton sehr neckische Unterhaltung.)

Rumäniens Botschafter, bemerkt Pertinax, beschwerte sich darauf, daß Rumänien nicht in den Rat der fünf Mächte aufgenommen worden sei.

Die Budgetdebatten im Senat.

Im weiteren Verlauf der Debatten über das Ministerium für Volksaufklärung erklärte Sen. Brande (Jüd. Klub), sein Klub werde gegen das Budget stimmen, da die Regierung die wichtigsten konfessionellen und Bildungsbedürfnisse der jüdischen Gesellschaft nicht befriedige. — Sen. Kaniowski (Piast) polemisiert mit den Rednern der nationalen Minderheiten und kündigt mehrere Desiderate betreffs des Schulwesens an. — Sen. Thullie (Ch. Dem.) hebt hervor, daß die Zahl der jüdischen Studenten in den höheren Schulen 25,9 Prozent beträgt und in manchen 40,7 Prozent erreicht, was ein ausdrücklicher Nachteil für die christliche Bevölkerung sei.

Sen. Hasbach (Dtsch. Vgg.) stellt fest, daß sein Klub nicht eher für das Gesetz stimmen werde, als bis sich der Stand des deutschen Schulwesens in Polen bessern wird. (Die Rede Hasbachs geben wir an anderer Stelle im Wortlaut wieder. — D. Schriftl.)

Sen. Pfarrer Maciejewicz (Unparteiischer) sagt, Polen sei bestrebt, jedem das zu geben, was ihm zukomme. Wenn Mängel vorkommen, so komme das daher, daß wir uns erst aufbauen. Redner weist die Vorwürfe zurück, daß die Polen die Orthodoxie vernichten wollen. Was vorkam, waren lokale Mißbräuche.

Kultusminister Miklaszewski erklärt, daß dem Patriarchen Dionysius ein Gesetz zur Begutachtung unterbreitet worden sei, wodurch die Stellung der orthodoxen Kirche geregelt wird. Außerdem werden die Priesterseminare reorganisiert, um eine genügende Anzahl Geistlicher zu sichern. Im nächsten akademischen Jahre werde die Frage des orthodoxen Studiums an der Warschauer Universität durchgeführt werden.

Senator Woznicki protestiert dagegen, daß die Diskussion über das Schulwesen in politische Bahnen gelenkt wurde. Senator Juljan Nowak sprach über die Bedürfnisse der höheren Schulen und Stanislaw Nowak wies auf die Mängel in der Durchführung des Schulzwanges hin.

Sodann wird zu dem Budget des Eisenbahnministeriums geschritten. Senator Krzyżanowski weist auf die beunruhigenden statistischen Ziffern hin, woraus hervorgeht, daß der Personen- und Güterverkehr hinter den Ziffern des Vorjahres zurückbleibt. Die Rettung bestehe in der Einführung von Ersparnissen und in einer besseren Organisation. Senator Grabski verlangt Billettvergünstigungen. Senator Siedlecki (PPS.) weist auf die böse Kohlenwirtschaft hin und betont den Personalüberschuß. Senator Kaniowski verlangt eine Regelung der Frage, die durch die Enteignung von Grundstücken für die Eisenbahnen entstanden ist.

Nachdem noch der Eisenbahnminister Herr Tyszka gesprochen hatte, wird zu dem Budget des Arbeitsministeriums geschritten. Referent Senator Osinski ersucht um unveränderte Annahme des Budgets. Nach der Senatorin Leskanowska weist der Vizearbeitsminister Simon darauf hin, daß das Ministerium niemals eine Entnationalisierungspolitik betrieben habe.

In der Abstimmung, die am gestrigen Dienstag stattfand, wurde das gesamte Budget unverändert angenommen. Zum Schluß ergriff das Wort der Senatsmarschall, der u. a. erklärte, daß das heutige Budget eine hohe erzieherische Bedeutung für den Teil der Gemeinschaft habe, der bis jetzt den Staatsschatz als bodenlose Schatulle ansah. Der Staatshaushalt habe auch eine große Bedeutung als Grundlage für die Erweckung des Vertrauens zum Staat im In- und Auslande.

Die nächste Sitzung findet im Oktober statt.

Verschärfung des Streiks in Oberschlesien.

Kattowitz, 31. Juli. PAT. Der Streik hat sich gestern auf sämtliche Steinkohlengruben und Hütten Oberschlesiens sowie auch auf einige größere industrielle Unternehmungen (Fabrik chemischer Erzeugnisse, Fabrik künstlicher Düngemittel und Pulverfabrik) ausgedehnt. Überall herrscht vollkommene Ruhe, die Ordnung wurde nirgends gestört. **Die schlesische Wojewodschaft richtet ihr Augenmerk darauf, daß die notwendigen Arbeiten überall ausgeführt werden, wozu sich übrigens auch die Vertreter der Berufsverbände verpflichtet haben.**

Republik Polen.

Die Krise in der Wyzwolenie-Gruppe.

In der nächsten Nummer des „Wyzwolenie" wird die Antwort auf den offenen Brief des Abg. Thugutt erscheinen. Die Antwort erteilt Abg. Waleron, der in der Partei das Land vertritt und Gegner der „intelligenten" Taktik Thugutts ist. Heute findet eine Sitzung des Klubs statt, in welcher die Wahl des neuen Präsidiums vollzogen werden soll. Zum Vorsitzenden wird wahrscheinlich Waleron gewählt werden.

Abgeordneter Korfanty.

Wie polnische Blätter aus Warschau melden, war dort gestern das Gerücht verbreitet, daß der Abg. Korfanty gegenüber den Führern der Chadecja die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht habe, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen. Vor einigen Tagen schon hat Korfanty sein Mandat zum Schlesischen Sejm niedergelegt.

Eine türkische Militärmission in Polen.

Warschau, 31. Juli. (PAT.) Am 8. August trifft aus London auf dem Wege über Danzig eine türkische

Pommerellen.

Herabsetzung der Eisenbahntarife für Saatgut in Nordpommerellen.

Der Eisenbahnminister hat angeordnet, daß zwecks Versorgung der Landwirte in den Kreisen Putzig, Neustadt, Berent und Karthaus mit billigem Saatgetreide die Eisenbahntarife für Saatguttransporte, die mit einer Bescheinigung der Pommerellischen Landwirtschaftskammer versehen sein müssen, bis zum 31. August einschließlich auf die Hälfte herabgesetzt werden. Ausgenommen von dieser Vergünstigung ist lediglich der Bezirk der Freien Stadt Danzig.

Der Landarbeiterstreik,

der in einigen Kreisen Nordpommerellens ausgebrochen war, ist nunmehr, nachdem er bereits vor einigen Tagen im Kreise Dirschau erloschen war, auch in den anderen Kreisen beigelegt worden, und die Gewerkschaften haben die Arbeiter aufgefordert, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

31. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

* **In der Stadtverordnetensitzung** am 4. August stehen außer Wahlen u. a. folgende Anträge auf der Tagesordnung: Wiederaufbau des Schützenhaussaales. Valorisierung der Bauabgaben. Ankauf von Aktien der VI. Emission der Kommunalbank in Warschau. Erhöhung der Vergnügungssteuer. Bau eines Seitengleises zum städtischen Schlachthaus. *

* **Ein neues Stadtwappen** soll bekanntlich an Stelle des bisherigen, in dem sich ein Ochsenkopf befindet, eingeführt werden. Ein Entwurf des neuen Wappens ist schon vor einiger Zeit dem Innenministerium eingereicht, aber von diesem nicht genehmigt worden. *

* **Besichtigung der Radiostation.** Der Ortsverein Graudenz des Verbandes der Reserve-Unteroffiziere Westpolens besuchte am Sonntag die hiesige Radiostation des 2. Bataillons. Der Bataillonsführer, Major Tomalak, hielt einen eingehenden Vortrag über die Radiotelegraphie, und die näheren Aufklärungen des Betriebes der Station wurden von den Offizieren erteilt. *

Thorn (Toruń).

‡ **Personalien vom Gericht.** Der Staatspräsident ernannte unterm 18. Juli d. J. den Präsidenten des Bezirksgerichts in Lissa (Leszno), Herrn Adam Ruszczyński, zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Thorn. — Am selben Tage wurde der Unterstaatsanwalt Zygmunt Kazimierz Piskozub beim Bezirksgericht in Thorn zum Prokurator (Staatsanwalt) in Konitz ernannt. **

‡ **Die Besucher des „Seestrandes Klein-Zoppot"** bei Thorn beschweren sich zum Teil darüber, daß der Pächter der jetzt dort befindlichen städtischen Badeanstalt auch von denjenigen Personen Eintrittsgeld erhebt, die gar nicht die Anstalt betreten, sondern sich nur im Sande des Strandes lagern und tummeln wollen. Da viele Leute die Bezahlung verweigern, weil nach ihrer Auffassung dem Schwimmanstaltspächter kein Recht zusteht, am Strande zu kassieren, und da sich hieraus schon viele Unnannehmlichkeiten für beide Teile ergeben haben, wäre eine Klärung der Sachlage durch die zuständige Behörde (Magistrat) sehr angebracht. **

‡ **Von der Weichsel.** Der Wasserstand ist innerhalb 48 Stunden um ganze 10 Zentimeter zurückgegangen und betrug Mittwoch früh 0,14 Meter über Normal. — An Schiffsverkehr wurde notiert: Dampfer „Staszyc" fuhr mit vier Kähnen mit Gütern nach Wloclawek weiter; Dampfer „Konarski" fuhr mit dem Bootshausprahm, den er aus Warschau hergeschleppt hatte, nach Brahemünde ab. Der Dampfer „Toruń" der Strombauverwaltung schleppte einen Prahm mit Buhnenbaumaterial stromauf. Traftenverkehr war nicht zu verzeichnen. **

‡ **Einen Selbstmordversuch** unternahm Sonntag abend eine hier bekannte Persönlichkeit, indem sie sich eine Revolverkugel in die linke Brustseite jagte. Die Kugel verfehlte jedoch das Herz, brachte aber dem unglücklichen Schützen eine schwere Verletzung bei. **

* **Briesen** (Wąbrzeźno), 29. Juli. In der Nacht stiegen durch ein Fenster in das Schlafzimmer des Landwirts Friedrich Berkan-Niedzwiedz zwei Banditen. Mit der Waffe in der Hand zwangen sie den B., ihnen Obdach und Nahrung zu geben, und drohten, falls er sie der Behörde übergeben würde, die ganze Familie zu ermorden und das Haus in Brand zu stecken. Der hiesigen Staatspolizei gelang es, die beiden Banditen festzunehmen.

* **Dirschau** (Tczew), 30. Juli. Der Verband deutscher Handwerker in Polen hielt gestern abend in der Stadthalle eine Versammlung ab. Es erstattete hier zunächst ein Mitglied Bericht über die in Bromberg gepflogenen Verhandlungen betr. die Geschäftsanteile der „Egen". Bei der Neuwahl von zwei Vorstandsmitgliedern wurde zum Schriftführer Schlossermeister Rintelen und zum Kassierer Waschanstaltsbesitzer Krause gewählt. Dem bisherigen Kassierer, Tischlermeister Redmann, widmete der erste Obmann warme Dank- und Abschiedsworte, da er bekanntlich wegen Ausweisungsbefehls sein hiesiges Betätigungsfeld in Kürze räumen muß. — Das infolge des Landarbeiterstreiks erlassene Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke ist wieder aufgehoben worden.

dr. **Konitz** (Chojnice), 28. Juli. Seit Wochen rüstet sich die Stadtverwaltung und die Bewohnerschaft von Konitz auf den Besuch des Staatsoberhauptes. Die Stadt läßt einige Straßen und Plätze, wie schon vor dem Kriege beabsichtigt war, in Ordnung bringen. So ist die Henningsdorferstraße (Angowiecza) in ihrem Anfange verbreitert und neugepflastert worden, wodurch in Zukunft der lebhafte Verkehr der Geschäfts- und Landfuhrwerke zu den beiden Brauereien von Riedel und Six und der Großhandelsgesellschaft im Speicher des Kaufmanns Gräber sich besser abwickeln wird. An Stelle der seinerzeit zerstörten Denkmäler aus deutscher Zeit, die der Stadt zur Zierde gereichten, hat die Stadt einige Blumenanlagen geschaffen, auch im Rathause umfangreiche Malereien ausführen lassen, die hoffentlich länger als die schon wieder schadhafte und unansehnliche Ausmalung des Bahnhofsgebäudes das Auge des Besuchers erfreuen werden. Schade, daß auf der Schützenstraße die alten Bäume entfernt sind. — Sehr viel ist von manchen Hausbesitzern trotz der drückenden Geldknappheit in den letzten Monaten für die Renovierung und Verschönerung von Gebäuden und Umwährungen getan. Endlich einmal haben die Bauhandwerker und besonders die Maler gute Tage. In der Bahnhofstraße hat das Bahnhofshotel von Dalmann sich inwendig und auswendig zum Besuche des hohen Gastes geschmückt, auch einen geschmackvollen Zaun geschaffen. Am Markt ist das Geschäftshaus von Meifart neuinstandgesetzt, desgleichen in der Mühlenstraße und am Denkmalsplatze einige Häuser. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Stadt auch in anderen Straßen das schadhafte Pflaster instand setzen und die zum Teil sehr glatt gewordenen Platten der Bürgersteige aufhauen ließe, um Unfälle zu verhüten.

* **Mockrau,** Kr. Graudenz, 30. Juli. Am Sonntag, 3. August, wird Pfarrer Henselien um 10 Uhr vorm. hier seine Gastpredigt halten, und am selben Tage 4 Uhr nachm. in Nitzwalde predigen. Er wird sich als zweiter und letzter Bewerber um die Pfarrstelle Mockrau vorstellen.

\# **Neuenburg** (Nowe), 30. Juli. Ein Fußballwettspiel wurde am vergangenen Sonntag bei schönster Witterung zwischen dem hiesigen Klub „Wisła" und dem „Sokol"-Mewe ausgefochten. Letzterer war einer Einladung des hiesigen Vereins gefolgt und nach einem Umzug durch die Stadt fand das Wettspiel auf dem Sportplatz statt, wo eine Kapelle konzertierte. Das Ergebnis des Spiels war 1:1. Später wurde im Lokal Borkowski nach einer humoristischen Theateraufführung der Mewer Gäste ein gemeinsames Abendbrot eingenommen, und Tanz schloß den Tag früh morgens ab. — Der letzte Mittwoch-Wochenmarkt entwickelte sich bei schönem Wetter früh und ging dementsprechend bald zu Ende. Reichlich Butter war vorhanden, so daß deren Preis von anfangs 1,50 auf 1,30 Złoty nachgab. Eier, nur gerade ausreichend vorhanden, kosteten 1,40 bis 1,50 Złoty. Von Kartoffeln gab es nur noch frische mit 2,50 Złoty den Zentner. Reichliche Mengen Blaubeeren wurden mit 10 Groschen, wohl die letzten Walderdbeeren mit 1 Złoty je Pfund verkauft. Ferner kosteten (in Groschen) Mohrrüben Bund 10, Schnittbohnen 20, Rhabarber 15, reichlich angebotene Sauerkirschen 15, Johannisbeeren 15, Himbeeren 30, Pilze (Rehfüßchen) 20 Groschen je Pfund, Zwiebeln 5 Stück 20, Gurken Stück 10 bis 20 Gr. je nach Größe. Junge Hühner wurden mit 1—1,20 Złoty das Stück abgegeben. Für Fische wurden folgende wenig abweichende Preise gezahlt: für dicke Aale 1,30, dünne 1, Schleie 1,30 Zł., Weißfische 60 bis 80 Groschen je Pfund.

* **Schöneck** (Skarszewy), 30. Juli. Der gestrige Viehmarkt zeigte ein lebhaftes Bild, jedoch fehlte der Auftrieb wirklich guter Qualitätstiere. Die Preise zeigten im Vergleich zum letzten Viehmarkt eine kleine Steigerung. Der Handel mit Rindvieh war unbedeutend, die Preise lagen um 200 Złoty. Auf dem Pferdemarkt wurden, obwohl gerade nicht sehr viel auswärtige Käufer erschienen waren, nennenswerte Umsätze erzielt. Gute Pferde fanden mit 600 bis 700 Złoty Absatz; der Preis für mittlere Arbeitspferde lag zwischen 400 und 500 Złoty, minderwertige Ware wurde mit 200 Złoty und darunter gehandelt. Für ein Paar Absatzferkel wurden 15 Złoty gezahlt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 30. Juli. Da sich in der Weichsel bei Warschau größere Sandanschwemmungen bemerkbar gemacht haben, ist beschlossen worden, dort Regulierungsarbeiten vorzunehmen. Am 24. Juli ist ein großer Dampfbagger in Tätigkeit getreten, der zuerst am linken Weichselufer Ausschachtungen vornimmt. Zahlreiche Sandbänke waren für die Abwicklung des Schiffsverkehrs bereits recht lästig geworden.

* **Kalisch,** 29. Juli. In der Umgegend sind, der „Rzeczp." zufolge, wieder Räuberbanden aufgetaucht und terrorisieren die Bevölkerung. U. a. wurde das Gut Bedynie bei Kalisch, das einem gewissen Mencel gehört, ausgeplündert und der Besitzer selbst erschossen. Ein anderes in der Nähe gelegenes Gut ist ebenfalls überfallen worden. Ein größeres Polizeiaufgebot ist in jene Gegend abgegangen.

* **Tarnopol,** 30. Juli. Vor einigen Tagen wurden falsche Fünfzig-Groschenmünzen in Verkehr gebracht. Die eingeleitete Untersuchung führte dazu, daß die ganze Fälscherbande festgenommen werden konnte. In der Wohnung eines der Verhafteten wurden die Werkzeuge und Maschinen zur Herstellung der Münzen gefunden.

Das Attentat von Sarajewo.

In der „Ceskoslovensko-Jihoslovanská Liga" (Jahrgang 4, Nr. 8) veröffentlicht Jovo Smitran, der damalige Redakteur des nationalrevolutionären Blattes „Zvono" in Sarajevo Erinnerungen an die Vorgeschichte des Attentats, in die er durch Danilo Ilic, einen der Verschwörer eingeweiht war. Der Schilderung, die einige unbekannt gebliebene Einzelheiten beibringt, entnehmen wir in der Übersetzung der „Prager Presse" das folgende Bruchstück mit dem Vorbehalt allerdings, daß wir damit diese Darstellung durchaus nicht als absolut sichere Geschichtsquelle anerkennen.

Das Attentat ist eine Frucht der Annexion Bosniens und Herzegovinas. Es wäre früher oder später erfolgt, niemand hätte dies verhindern können.

Der erfolgreiche Balkankrieg des Jahres 1912 hatte die Aktivität unserer Omladina stark erhöht. Die Erwachsenen, die kräftig genug waren, um ein Gewehr zu tragen, zogen heimlich nach Serbien, wo sie sich freiwillig in die Reihen der Armee meldeten und die übrige Jugend gab durch Demonstrationen in den Straßen Sarajevos ihrer Freude über die Siege der Jugoslaven und ihrem Hasse gegen Österreich Ausdruck. Die österreichische Polizei wandte sich mit Knute und Säbel gegen die Demonstranten und suchte sie auf diese Weise zur Loyalität zu erziehen.

In jener Zeit begann die Ära der Vereinigungen. Das serbische Heer verjagte die Türken aus den Grenzen des historischen Staates und der Krieg näherte sich seinem Ende. Die Freunde kehrten aus dem Balkankriege als Legionäre heim, erzählten uns von den Heldentaten und brachten uns die Weisung, daß wir noch lange warten müßten, ehe das serbische Heer sich so weit von seinen Verlusten erholt haben werde, um imstande zu sein, das Befreiungswerk auch in den übrigen jugoslavischen Ländern durchzuführen. Wann dies sein werde, war schwer zu sagen, es genügte, das modern ausgerüstete österreichische Militär mit der serbischen Armee zu vergleichen. In den Vereinigungen begann man zu debattieren, was geschehen solle; ob es nicht möglich wäre, auf irgendeine Weise, wenigstens moralisch, an der Beschleunigung unserer Befreiung mitzuwirken. Ein moralischer Erfolg in dieser Hinsicht wurde erzielt: Der Zwist zwischen Serben und Kroaten wurde beseitigt und in den Vereinigungen siegte der jugoslawische Nationalismus. Dieser Triumph des nationalen Gedankens war der zahlreichen Journalistik und Literatur zu verdanken, die in den jungen Herzen die revolutionäre Flamme zu entfachen wußte. Ich erinnere mich einer solchen Vereinigung, die im Winter 1912—13 jeden Abend in meiner Wohnung zusammenkam. Dort wurde oft bis spät in die Nacht debattiert. Ich kann offen erklären, daß in dieser Vereinigung die erste Zusammenarbeit der Intelligenz mit den niedrigeren Schichten des Volkes begann. Hier traf der Lehrer Danilo Ilic, der spätere Organisator des Attentats, mit dem Setzer Cabrinovic zusammen. Hier wurde gemeinsam debattiert und gelesen und später der Plan zum Attentat fertiggestellt. Hier wurden Pläne zur Herausgabe einer revolutionären Volksbibliothek erörtert und obgleich wir über keine Mittel verfügten, sparten wir uns die Bissen vom Munde ab und gaben die Bibliothek heraus und propagierten auf diese Weise den Aufruhr. Und wieviele solcher Vereinigungen gab es bei uns, wer hätte sie alle gekannt! Nedeljko Cabrinovic, ein junger, intelligenter und belesener Bursch, trug, obgleich er mit seinen roten Wangen ganz gesund schien, in seinen Lungen den Keim zur Tuberkulose, was er wußte. Ich lernte ihn bereits im Jahre 1910 kennen und schon damals sah ich in dem Jüngling einen eigensinnigen Individualanarchisten, dessen Anarchismus jedoch sein Nationalgefühl in keiner Weise beeinträchtigte. Während zweier Jahre hatte ich genügend Gelegenheit, seinen Mut zu bewundern und hörte nicht selten von ihm die Worte: „Ich muß meinem Volke ein Opfer bringen, da mein Leben ohnehin nicht von Dauer sein wird". Obgleich seine Eltern in Sarajevo lebten, wohnte er nicht bei ihnen. Er ertrug nicht ihre Ratschläge und wich überhaupt jedem aus, der es versuchte, ihm zu raten. Im Einverständnis mit meinen Freunden aus der Vereinigung machte ich Cabrinovic eines Tages darauf aufmerksam, daß ich erfahren habe, sein Vater sei österreichischer Detektiv und ihn daher bitte, sich in der Presse nicht zu sehr für unsere Aktion zu exponieren, da dies von unseren Feinden gegen uns ausgenützt werden könnte. Und er sagte darauf, ganz grün vor beleidigtem Stolz: „Wenn das wahr ist, so gebt mir den Befehl und ich erschlage meinen Vater!"

Es versteht sich von selbst, daß wir ihn davon zurückhielten. Am nächsten Tage überzeugte er sich selbst, daß sein Vater ein Spitzel sei und das wirkte auf ihn dermaßen, daß er nie wieder zu uns zurückkehrte. Er packte seine Sachen und verließ, ohne sich von jemandem zu verabschieden, Sarajevo und begab sich nach Triest. Danilo Ilic blieb bei uns. Er war erst 23 Jahre alt. Ein junger, gesunder, starker Mensch, hatte er die Lehrerbildungsanstalt absolviert und hierauf die Stelle eines Lehrers an einer Regierungsschule angetreten. Bei Ausbruch des Balkankrieges verließ er ohne Kündigung seine Stelle und begab sich nach Sarajevo. Die Regierung verlangte, er möge entweder seinen Dienst antreten oder das Stipendium zurückgeben, das er in seiner Studienzeit erhalten hatte, allein er wollte weder das eine noch das andere tun. Er nahm die Stelle eines Schreibers bei einer Bank an und die Regierung verklagte ihn auf Rückgabe des Stipendiums. Es sollte sogar das alte Häuschen verkauft werden, in dem seine Mutter wohnte, allein trotzdem wollte er nicht einmal zur Verhandlung gehen. Mit Mühe überredete ich ihn dazu. Dort verpflichtete er sich, das Stipendium in Monatsraten zurückzuzahlen. Er haßte Österreich so stark, daß er nicht einmal in einer österreichischen Schule unterrichten wollte.

Die Diktatur des Militärgouverneurs von Bosnien, General Potiorek, überschritt alle Grenzen. Während der Krise von Skutari verhängte er den Ausnahmezustand gegen die serbischen und sozialistischen Vereine und konfiszierte ihr Vermögen. Und damals entstand der Plan, Potiorek zu ermorden. Der Plan sollte in der Schweiz im Einverständnis mit der dortigen Omladina, die dort studierte, ausgearbeitet werden. Ilic wurde damit beauftragt, dorthin im geheimen zu reisen. Er bat mich im Sommer 1913, ob ich ihm nicht einen Reisepaß für das Ausland von einem Freunde verschaffen könnte, der ihm ähnlich sah. Da Päße damals ohne Photographien ausgegeben wurden, ging alles ziemlich glatt. Ich verschaffte ihm den Paß binen zwei Tagen, worauf er sich auf die Reise begab, ohne auch nur seiner Mutter zu sagen, wohin er fahre. Allein dieser Plan scheiterte und Ilic reiste mit demselben Paß aus der Schweiz nach Serbien zurück, wo er während des serbisch-bulgarischen Krieges vom Jahre 1913 Krankenwärter in einer Cholerabaracke war.

Graudenz.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, d. 3. August 24.
(7. n. Trinitatis).

Altst. evang. Kirche. Vorm. 10¼ Uhr: Gottesdienst, Pf. Schönjan.

Rudak-Stewken. Vm. 8 Uhr: Gottesdienst, Pf. Schönjan.

Gurske. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Pf. Anuschek.

Gr. Bösendorf. Vrm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pf. Anuschek.

Steinau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Konitz.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, d. 3. August 24.
(7. n. Trinitatis).

Dreifaltigkeits-Kirche. Vorm. ½10 Uhr: Predigtgottesdienst. — Taufen. Nachm. 1½ Uhr: Predigtgottesdienst in Kossabude.

Im Herbste 1923 kehrte er nach Sarajevo zurück, gemartert, zerrissen und litt weiter. . . . Den ganzen Herbst und Winter verbrachte er bei mir. Er wärmte sich an dem Ofen meines kleinen Buchladens, wobei er überlegte, welches Opfer er für das Vaterland bringen könne. Wir litten beide, allein wir teilten den letzten Bissen Brot. Er versuchte vergeblich, Arbeit zu finden. Die Bank wollte ihn nicht wieder aufnehmen, da er ohne Kündigung in die Schweiz gefahren war. Im Frühjahre 1914, als zum ersten Male verlautete, daß Franz Ferdinand nach Sarajevo reisen werde, entstand in den Köpfen Cabrinovics (der inzwischen aus Triest nach Belgrad gereist war), Gavril Pincips und Trifka Grabezs der Gedanke, den Thronfolger zu ermorden. Princip und Grabez waren Schüler des Sarajevoer Gymnasiums, welche die österreichische Regierung wegen ihres antiösterreichischen Verhaltens ans der Schule ausgeschlossen hatte, worauf sie nach Belgrad gegangen waren, um dort das Gymnasium zu besuchen. In Belgrad trafen sie mit Cabrinovic zusammen und legten den Plan fest. Ilic wurde die Organisierung des Attentats anvertraut. Er suchte Mittäter, da ihm die Zahl nicht genügte; er wolle, daß ihrer so viele wären, daß der Erfolg sicher wäre.

Princip hatten wir bereits früher im Jahre 1913 kennengelernt, allein im Jahre 1914 festigte sich unsere Freundschaft noch mehr. Princip und Ilic waren meine täglichen Gäste. Ilic arbeitete mit mir bis zum letzten Tag in der Redaktion des nationalrevolutionären sozialistischen Blattes „Zvono". Er schrieb, leitete die Administration, ja häufig selbst die Expedition und das alles ohne einen Heller Bezahlung. Alles erledigte er mit einer solchen Ruhe, als hätte er noch lange zu leben und doch wußte er ganz gut, daß er den Galgen vor sich habe. . . . Das beirrte ihn aber nicht. In seinen Zügen war keine Veränderung zu merken. Ebenso verhielt es sich mit Princip. Ich traf sie häufig in der Redaktion. Ilic arbeitete etwas, Princip lag tief zurückgelehnt in einem alten Lehnstuhl — und so sprachen sie zusammen, kombinierten und arbeiteten an ihrem Plan. Cabrinovic kam ebenfalls nach Sarajevo, suchte mich, wollte mit mir zusammenkommen, sich mit mir versöhnen und mich um Verzeihung bitten. Ich wich jedoch diesem Zusammentreffen möglichst aus, und ließ ihm zum Schluß sagen, daß ich mit ihm nicht zusammentreffen wolle. Er hatte mich auf einer offenen Postkarte, die er mir aus Triest gesandt hatte, beleidigt, was ich ihm nicht verzeihen konnte. . . . Ob mir das Schicksal selbst dieses Verhalten diktierte, indem es mich dazu ausersah, den Traum unserer nationalen Befreiung zu erleben und nicht auf dem Galgen zu sterben, weiß ich nicht, allein das Verhalten Cabrinovic' in dem Prozesse gegen die Attentäter bestätigte mich in der Überzeugung, daß dies eine Schicksalsfügung war. Cabrinovic war dem Untersuchungsrichter gegenüber allzu offen und aufrichtig. Er nannte die Namen der Teilnehmer, auch derer, die von den Attentatsvorbereitungen wußten, was nicht notwendig war. Er sagte dies nicht vielleicht deshalb, weil er wollte, daß neben ihm auch noch andere litten. Er wollte damit bloß kundtun, daß das Attentat nicht das Werk einiger eigensinniger junger Männer sei, sondern die Tat einer Masse, eines ganzen Volkes, das sich gegen Österreich erhoben hatte. Ich wußte von dem Attentate, ich wußte von den Vorbereitungen zu ihm. Ich stand Ilic so nahe, daß er mir ohne Furcht alles anvertrauen konnte. Er überantwortete mir sogar für eine halbe Stunde den Koffer mit den Revolvern und Bomben, allein er gab mir sein Ehrenwort, daß davon, daß ich ebenfalls von dem Attentate wisse, niemand von den Mittätern erfahren sollte. Ilic hielt sein Wort und starb mit seinem Geheimnisse. Ich bin überzeugt, daß mir Cabrinovic, wenn ich mich mit ihm versöhnt hätte, gewiß das Geheimnis anvertraut hätte, ebenso wie er dies anderen gegenüber tat, und daß man auch mich dann unter die aktiven Attentäter eingereiht und vielleicht sogar aufgehängt hätte. Er hätte meinen Namen schon deshalb genannt, um zu zeigen, daß an dem Attentat neben der bourgeois orientierten Omladina auch die sozialistische Omladina beteiligt war.

Ich habe einen Augenblick vom Tage des Attentats in lebhafter Erinnerung. Ich wußte, daß ich verhaftet werden würde, wenn schon wegen nichts anderem wegen meiner Freundschaft mit den Attentätern, und war auf alles vorbereitet. Und in der Tat. Nach Princip, Cabrinovic und Pusar wurde ich als Vierter verhaftet. Ich saß im Hofe des Polizeigebäudes und mußte über Weisung der Polizei unaufhörlich in die Sonne schauen. Als man zwei Stunden darauf Danilo Ilic mit seiner Mutter brachte, flüsterte er mir verwundert zu: „Auch dich haben sie gebracht?" . . . Und da fuhr es mir durch den Kopf, daß vielleicht Cabrinovic beim Verhör meinen Namen als den eines Freundes von früher her genannt hatte. Ich wurde nur dadurch gerettet, daß ich mich nicht versöhnt hatte. Allein wir versöhnten uns trotzdem. Als man ihn gefesselt aus dem Polizeigefängnis des Kreisgerichtes überführte, ungefähr um 7 Uhr abends, stand ich in einem im Erdgeschosse befindlichen Raum, bewacht von zwei Gendarmen. Cabrinovic erblickte mich, als er an dem Fenster vorbeiging, lachte und sagte mir mit seiner Baßstimme: „Zdravo".

Er war ein großes Kind. Im Charakter bildete er einen großen Kontrast zu den übrigen Teilnehmern an dem Attentat. Ich glaube, er wollte ebenso wie sie nur das Eine: Franz Ferdinand aus der Welt schaffen. Gemäß dem Plane hätte er nicht als Erster einen Attentatsversuch machen müssen, allein er verlangte dies kategorisch, bis man einwilligte. Von seinem Vorsatze hätte ihn niemand abbringen können. Allein merkwürdigerweise hatte vielleicht die lange Leidenszeit sein Herz so weich gemacht, daß er während des Prozesses den Vorsitzenden ersuchte, den Kindern Franz Ferdinands die Bitte zu übermitteln, den Attentätern zu verzeihen, daß sie ihre Eltern ermordet hätten . . . Da sprang Princip, am ganzen Leibe zitternd vor Wut, auf und rief: „Nein, Cabrinovic kann nur für sich sprechen, nicht für uns alle. Wir haben keine Bitte zu stellen."

Wie weit die serbische Regierung an dem Attentate beteiligt war, bezeugt wohl am besten folgender Umstand:

Ferdinand d'Este war bereits in Sarajevo, die Manöver waren im vollen Gange und Ilic' Schar war noch immer nicht vollständig. Es fehlte noch der Mohammedaner Muhamed Mehmedbasic aus Stoka in der Herzegovina. Es war am Freitag, den 26. Juni, vormittags. Ilic schrieb folgendes Telegramm nach Stoka an Mehmed: „Warum kommst Du nicht zur Feier?" Das war alles. Er hatte 60 Heller für das Telegramm, 2 Heller für das Blankett fehlten ihm. Er bat mich um sie, worauf ich sie ihm gab. Dann sandte er das Telegramm durch mein Dienstmädchen auf die Post. Mehmedbasic kam gleich am nächsten Tage, Samstag, den 27. Juni, mit dem Mostarer Zuge nach Sarajewo und fragte bei mir nach Ilic. Ich schickte ihn zu der vereinbarten Stelle, wo sie einander trafen. Am selben Abend um 6 Uhr traf ich sie auf der Straße. Sie gingen ruhig, sprachen, gestikulierten mit den Händen, als sollte morgen nichts Ernstes geschehen. Dieses Moment wollte ich hervorheben, um jede Behauptung zu widerlegen, daß die Attentäter Werkzeuge in der Hand der serbischen Regierung waren. An jenem Tage gab Ilic seine letzten 60 Heller für das Telegramm aus, obwohl er wußte, daß er dann nicht mittagmahlen konnte, woraus wohl hervorgeht, wie die serbische Regierung diese Tat unterstützte. In der gleichen Lage waren auch Princip und Grabez und die übrigen hungernden Märtyrer für ihre Idee, die voll Selbstaufopferung ihr Golgatha beschritten.

Kleine Rundschau.

* **Sklavenhandel am Roten Meer.** Englische und holländische Zeitungen bringen Schilderungen über afrikanischen Sklavenhandel an den Küsten des Roten Meeres. Dieser Menschenhandel hat Formen angenommen, daß die englische Regierung jetzt mit aller Energie dagegen einschreitet. Abessinier veranstalten seit einiger Zeit in den Gebieten am Weißen Nil und seinen Nebenflüssen, im Kordofangebiet und tiefer im Sudan in Darfor große Negerjagden und bringen die eingefangenen Neger beiderlei Geschlechts in den Küstenorten des Roten Meeres auf heimliche Sklavenmärkte. Auf großen Booten wird die Menschenware, die hauptsächlich von Arabern aufgekauft wird, über das Meer nach den arabischen Küstengebieten von Asir, Hedjas und Jemen und von dort weiter ins Innere des Landes gebracht. Die vielen kleinen Inseln und Buchten des Roten Meeres bieten sichere Schlupfwinkel für die Sklavenhändler, zumal sie die Transporte nur nachts ausführen und am Tage versteckt liegen. Da die im Roten Meere stationierten englischen Schiffe der Schnelligkeit der Sklavenboote nicht gewachsen sind, ist eine Anzahl von Torpedobooten unterwegs, um dem unerhörten Sklavenhandel ein Ende zu machen. Es ist bereits eine Anzahl Neger von den Stationsschiffen befreit und in ihre Heimat zurücktransportiert worden. Auch Weiße sollen an den Jagden und am Sklavenhandel beteiligt sein.

Militärmission in Polen ein, die im Juni und Juli militärische Institutionen in Frankreich und England besichtigte. Die Gäste werden sich in Polen etwa acht Wochen lang aufhalten und sich in dieser Zeit mit dem gegenwärtigen Stand der Organisation und der Schulung der polnischen Armee bekanntmachen. Die Militärbehörden haben Vorbereitungen getroffen, um die Gäste würdig zu empfangen und ihnen dadurch ein sichtbares Zeichen der Waffenbrüderschaft der Armeen beider Länder zu geben.

*

Nach einer Meldung der Polnischen Telegr.-Agentur erteilte der Staatspräsident dem Konsul des Deutschen Reiches auf dem Gebiet der Pommerellischen Wojewodschaft mit dem Sitz in Thorn, Ernst Schmidt, die Exequatur.

Deutsches Reich.

Eine deutsche Denkschrift zum Garantiepakt.

Genf, 28. Juli. Die deutsche Regierung ließ heute dem Völkerbundsekretariat eine Denkschrift überreichen, in der der deutsche Standpunkt zu dem von der letzten Völkerbundversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt, d. h. einem Vertrage über gegenseitige Unterstützung, dargelegt wird. Verfasser der Denkschrift sind namhafte deutsche juristische Persönlichkeiten. — Die deutsche Regierung war seinerzeit, wie alle anderen Regierungen, zur Stellungnahme zum Garantiepaktentwurf aufgefordert worden.

Die englische Regierung hat diesen Garantiepakt abgelehnt und will an seiner Stelle Anfang September in Genf einen anderen Pakt in Vorschlag bringen. Der neue englische Sicherungspakt soll vor dem abgelehnten Pakt den Vorzug besitzen, daß er in einer von Staatssekretär Hughes gebilligten Form die Mitwirkung oder moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten vorsieht, also bis zu einem gewissen Umfange Ersatz bieten könnte für den seinerzeit vom amerikanischen Senat abgelehnten englisch-amerikanischen Garantievertrag vom Jahre 1919.

Goldvaluta in Deutschland.

Berlin, 30. Juli. PAT. Die Regierung hat ein Projekt über eine Valutareform ausgearbeitet. Nach diesem Projekt kehrt Deutschland zu dem System der Goldvaluta zurück. Das Münzsystem umfaßt Gold-, Silber- und Kupfermünzen, sowie Staatsbanknoten.

Die Arbeitslosen in Deutschland.

In der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli stieg die Zahl der Arbeitslosen, die volle Unterstützungen erhalten, in den nicht okkupierten Gebieten von 239 500 auf 276 000, d. h. um 15 Prozent, dagegen die Zahl der Arbeitslosen, die nur teilweise Unterstützungen beziehen, von 297 000 auf 344 000, d. h. um 12,5 Prozent. Eine gewisse Zahl von Arbeitslosen, die keine Unterstützungen beziehen, wurde nicht registriert.

Aus anderen Ländern.

Eine schreckliche Hinrichtung von angeblichen polnischen Spionen.

Der „Dzien" veröffentlicht schreckliche Einzelheiten einer in Minsk von den Sowjetbehörden vorgenommenen Hinrichtung von fünf Polen, welche unter dem Vorwande, Spionage zu betreiben, zum Tode verurteilt worden waren. Sie wurden entkleidet, mit Stacheldraht zusammengebunden und vor eine ausgegrabene Grube gebracht. Einer nach dem anderen wurde niedergeschossen, immer nur durch einen Karabinerschuß, der aber nicht genügte, um sie zu töten. Sie wurden hierauf in das Grab geworfen und verschüttet, wiewohl sie noch Lebenszeichen von sich gaben. Diese schreckliche Hinrichtung erfolgte in Anwesenheit hoher Sowjetfunktionäre.

Die russisch-japanischen Beziehungen.

Nach einer Meldung aus Tokio hat der Ministerrat beschlossen, gegenüber Rußland eine neue Politik einzuleiten. Man glaubt, die Regierung sei entschlossen, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die neuen Verhandlungen werden wahrscheinlich vom russischen Botschafter Karachan und für Japan von Yoshizawa geführt. Die Unterhandlungen zwischen den beiden Ländern wurden bekanntlich vor einigen Monaten abgebrochen. — Londoner Blätter teilen mit, daß der neue russisch-japanische Vertrag folgende Bestimmungen enthalten werde: 1. Wiederaufnahme der gegenseitigen diplomatischen Beziehungen; 2. Räumung des nördlichen Teiles der Insel Sacchalin durch Japan; 3. Unterzeichnung eines Handelsvertrages; 4. Verbot aller politischen Propaganda, die der inneren Politik jedes der beiden Länder schaden könnte; 5. Konzessionen an Japan auf Nord-Sacchalin, sobald es geräumt sein wird, und in Ost-Sibirien.

Senator Lodge im Sterben.

Boston, 28. Juli. Senator Henry Cabot Lodge, einer der einflußreichsten republikanischen Führer im amerikanischen Senat, liegt im Sterben. Er hat sich, der „Rheinisch-Westf. Ztg." zufolge, soeben einer Operation wegen eines Blasenleidens unterziehen müssen und die Ärzte fürchten angesichts seines hohen Alters — er feierte vor zwei Monaten seinen 74. Geburtstag — das Schlimmste. Lodge war im Kriege einer der eifrigsten Anhänger der Alliierten, trat aber unmittelbar nach dem Waffenstillstand als schärfster Gegner des Friedensvertrages auf. Er war der heftigste und zäheste persönliche Feind Wilsons.

Sao Paolo geräumt.

Nachrichten zufolge, die nach der „Voss. Ztg." beim Staatsdepartement in Washington eingetroffen sind, haben sich die Streitkräfte der Revolutionäre aus Sao Paolo zurückgezogen. Die Stadt ist nunmehr von Truppen der brasilianischen Regierung wieder eingenommen worden. Dadurch wird wahrscheinlich das Ende der Aufstandsbewegung unmittelbar bevorstehen. Als die Stadt übergeben wurde, fanden die einziehenden Regierungstruppen sowohl die amerikanischen Bürger als auch die anderen dort ansässigen Fremden in vollkommener Sicherheit vor.

*

Wie aus Mexiko gedrahtet wird, hat die mexikanische Republik die russische Sowjetregierung anerkannt.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 31. Juli.

§ **Zum Besuch des Staatspräsidenten.** Am nächsten Sonntag, 3. August, dem ersten Besuchstage des Staatspräsidenten, ist natürlich ein außerordentlich lebhafter Straßenverkehr zu erwarten, vornehmlich überall, wo eine Durchfahrt des Präsidenten in Aussicht steht. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei natürlich ein geordneter Ablauf des Straßenverkehrs, um unliebsame Störungen und Hemmungen zu vermeiden. Trotzdem es selbstverständlich ist, daß das Publikum den entsprechenden Weisungen der Polizeibeamten zu folgen hat, muß doch auf diese Pflicht zur Disziplin nachdrücklich hingewiesen werden. — Wiederholt sei auch ermahnt zur Vorsicht gegenüber Taschendieben auf der Straße und in Lokalen, und zur Wachsamkeit betreffs guten Abschlusses der Wohnungen, von denen doch viele „leer stehen" werden!

§ **Eine Stundung der Raten der Vermögenssteuern,** die auf die Jahre 1924 und 1925 entfallen, bis zum 1. Januar 1926 erhalten nach einer neuerlichen Mitteilung des Finanzministeriums alle Kreditgenossenschaften, die Grundstücke (Gebäude) in Städten, Flecken oder Dörfern besitzen, ohne Rücksicht darauf, ob auf sie das Mieterschutzgesetz angewandt wird oder nicht.

§ **Preise für Silber und Silbermünzen.** Die Filialen der Bank Polski zahlen vom 30. Juli d. J. ab für ein Gramm Silber 10,4 Groschen, und für Münzen folgende Preise: für einen Silberrubel 1,87 Zl., für eine deutsche Mark 0,52 Zl., für eine österreichische Krone (Probe 835) 0,43 Zl., und für fünf österreichische Kronen (Probe 900) 2,21 Zl. Diese Preise werden aber nur für nicht abgenutzte Münzen gezahlt, die das volle Gewicht aufweisen.

§ **Die Töpfer- und Ofensetzer-Zwangsinnung** hielt am Dienstag ihre Quartalssitzung ab. Eingehend wurde die Lohnfrage besprochen und empfohlen, den aus der Aussprache hervorgegangenen Meisterstundenlohn innezuhalten. Der Innungsbeitrag wurde nach Zlotywährung festgesetzt. An der Spalierbildung aus Anlaß des Besuchs des Staatspräsidenten wird die Innung teilnehmen. Der Beitritt zum Innungsverband wurde beschlossen, und auf die Krankenkassenwahlen hingewiesen. Eine ausgiebige Erörterung entspann sich über die hier sich immer mehr ausbreitenden „wilden Töpfer" und man brachte verschiedene Mißstände zur Sprache. Diese „wilden Töpfer", die an Zahl fast den der Innung angehörigen Meistern gleichkommen, aber den gesetzmäßigen Erfordernissen nicht entsprechen, bedeuten eine Schädigung des schwer ringenden Töpfergewerbes. Zur Sprache gebracht wurde auch, daß Privatinstitute solche „wilden Töpfer" durch Vergebung von Arbeiten unterstützen, und daß in Räumen von Verwaltungsbehörden von beurlaubten Beamten die Öfen in Stand gesetzt werden, und daß die Urlaubszeit manchmal sogar dazu benutzt wird, um in Privathäusern das gleiche zu tun.

§ **Nochmals die Schädigungen durch die Kieferneule.** Auf Anregung des deutschen Landwirtschaftsministers Dr. Wendorff äußerte sich der Vertreter der Forstschädlingsbekämpfung Professor Dr. Wolff-Eberswalde in ausführlichen Darlegungen über die Kieferneulenfrage, die ja auch für manche Waldungen in Polen Bedeutung hat. Prof. Wolff ermahnt dringend, diesem Schädling gegenüber ruhig Blut zu bewahren. Die Kieferneule hat, führt er u. a. aus, viel größeren Schaden dadurch angerichtet, daß man die kahlgefressenen Bestände als sichere Todeskandidaten betrachtete und abhieb. Es hat immer solche allzu ängstlichen Forstwirte gegeben, obwohl schon über hundertjährige Erfahrungen jedesmal gezeigt haben, daß die Reviervewalter, die mit der Axt zögerten, Recht behalten und ihren Wald erhalten haben. Augenblicklich ist, abgesehen von einigen besonders stark im Vorjahr mitgenommenen Beständen, von der Kieferneule allein noch kein Stamm getötet worden. Professor Wolff weist endlich auf die Schädigungen hin, die auf dem Holzmarkt durch einen katastrophalen Preissturz infolge übermäßigen Holzschlages angerichtet werden können.

§ **Zwei zugereiste Warendiebinnen,** eine Marta Drygalska und eine Marja Rydzynska, beide aus Thorn, hatten hier Absteigequartier genommen, um das einträgliche Geschäft des Warendiebstahls zu betreiben. Es gelang ihnen auch, drei Geschäfte in der Danziger- und Brückenstraße (Gdańska und Mostowa) um verschiedene Waren im Wert von ca. 250 Złoty zu „erleichtern", aber bei einem weiteren Versuch wurden sie festgenommen.

§ **Diebisches Dienstmädchen.** Im Hause Rinkauer Straße (Pomorska) 42 wurde Wäsche im Werte von ca. 20 Złoty gestohlen. Als Diebin wurde ein Dienstmädchen ermittelt, bei der man noch einen Teil der Sachen vorfand.

§ **Festgenommen** wurden gestern sechs Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Hehlerei, zwei wegen Trunkenheit und neun Sittendirnen.

*

Vereine, Veranstaltungen &c.

Kreislehrerverein Bromberg-Land. Monatssitzung am 2. August, vormittags 10 Uhr, bei Kleinert (Schleusenau). (19226

* * *

* **Inowrocław,** 30. Juli. Am vergangenen Sonnabend traf hier aus Bromberg ein gewisser Teodor Woźny ein, der bestrebt war, in einigen Geschäften falsche Zehn-Millionenscheine abzusetzen. So kaufte er u. a. in einem Geschäft eine größere Partie Ware und bezahlte mit diesen falschen Scheinen. Der Geschäftsinhaber jedoch schickte diese Scheine nach der Finanzkasse, um sie auf ihre Echtheit hin prüfen zu lassen, wo dann auch festgestellt wurde, daß die größte Zahl davon gefälscht war. W. hatte die gefälschten Banknoten aus drei Teilen derart geschickt zusammengeklebt, daß man auf den ersten Blick nur sehr schwer die Fälschung feststellen konnte. W. wurde verhaftet.

* **Kolmar (Chodzież),** 30. Juli. Selbstmord durch Erhängen verübte der Besitzer Tomasz Kujawa in Smieszkowo, Nachfolger auf der Lichtsinnschen Ansiedelung daselbst. Kujawa muß die Tat infolge Schwermut verübt haben. Er hatte einen Teil seines Vermögens durch die Geldentwertung verloren, ferner glaubte er eine auf deutscher Seite liegende Wiese als zu seiner Wirtschaft gehörig, was nicht der Fall war. Dieses und vielleicht noch anderes müssen ihn zu der Tat getrieben haben.

* **Posen (Poznań),** 30. Juli. Am gestrigen Dienstag fand vor dem hiesigen Amtsgericht die Verhandlung gegen den bekannten Führer der „Liga zur Verteidigung von Vaterland und Freiheit", Sekretarczyk, statt. S. hatte sich sozusagen „einen Namen gemacht" durch Mißhandlung von Juden auf offener Straße oder in Lokalen. Ein solcher Fall wurde nunmehr abgeurteilt. Die Strafe lautete auf drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der sich wie immer sehr rüpelhaft vor dem Richter benahm, nannte den Vertreter des Klägers „szabes goi" und wurde daraufhin zu drei Tagen Haft und sofortiger Verhaftung verurteilt. — Auf dem heutigen Fleischmarkt zahlte man für Speck 90 Groschen, für Schweinefleisch 80, für Kalbfleisch 67 Groschen. Die Landbutter brachte 1,60 Złoty. Eier kosteten 1,20 Złoty. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für Mohrrüben 15 Groschen p. Bund, für Schnittbohnen 8 Gr. p. Pfund, Gurken brachten 8 Gr. p. Stück. Auf dem Obstmarkte fehlten Kirschen, das wenige, was angefahren war, brachte 50 Groschen p. Pfund, Birnen erzielten 40 Groschen. — Aus dem dritten Stockwerk des Hauses ul. Strzałowa 7 stürzte sich die Witwe Marta Richter geb. Schmidt. Der Tod trat bald ein.

Kleine Rundschau.

* **Ein japanischer Dampfer mit 192 Personen untergegangen.** Tokio, 28. Juli. (PAT-Havas.) Einer Meldung aus Otaru zufolge ist der Dampfer „Tai Rainaru" auf der Höhe von Kap Notoro untergegangen. Man nimmt an, daß 138 Passagiere und 54 Mann der Besatzung den Tod in den Wellen gefunden haben. 18 Passagiere und 5 Mann der Besatzung landeten auf Rettungsbooten in dem Dorfe Notoro. Ob der Dampfer auf einen Felsen gelaufen oder mit einem anderen Schiff zusammengestoßen ist, ist noch ungewiß.

* **Getrennte Bürgersteige für Männer und Frauen.** Die Neuyorker „World" wartete kürzlich ihren Lesern mit der befremdlichen Mitteilung auf, daß sie an die Stadtbehörde von Neuyork eine Eingabe mit dem Ersuchen zu richten beabsichtige, in Abänderung der bestehenden Verkehrsordnung anzuordnen, daß in allen Straßen der Stadt der eine Bürgersteig dem männlichen und der andere dem weiblichen Geschlecht reserviert bleibe. Das Blatt beeilt sich natürlich zu versichern, daß sein Antrag nicht etwa der Absicht entsprungen sei, die bedrohte Moral zu schützen: es wolle nichts weiter als eine glatte und leichte Abwicklung des Verkehrs herbeiführen. „Frauen", so führte die „World" aus, „pflegen auf der Straße langsam zu gehen, und sie verhindern dadurch die Männer, die es eilig haben, am Weitergehen." Ob und welche Folgen dieser Antrag haben wird, bleibt dahingestellt. In jedem Fall wird er das Thema weitschweifiger Erörterungen bilden, die den Zeitungen auf lange hinaus dankbaren Stoff bieten.

Handels-Rundschau.

Die polnische Papierindustrie. Gegenwärtig befinden sich 18 Fabriken im Betriebe, während eine neunzehnte in Zgierdz bei Lodz gebaut wird. Die Produktion betrug 1913: 62 000 Tonnen, 1920 nur 20 000 oder 32,2 Prozent der Friedenserzeugung, 1921: 31 000 (50 Prozent), 1922: 42 000 (67,7 Prozent), 1923: 50 000 (80,6 Prozent) To Der polnische Inlandsbedarf beträgt 100 000 Tonnen, so daß die Hälfte eingeführt werden muß. Das erklärt sich durch die geringe Anzahl von Zellulosefabriken in Polen; 1923 gab es drei Zellulosefabriken, die kaum 40 000 Tonnen jährlich erzeugen. Dazu kommt noch, daß die größte Fabrik in Wloclawek kürzlich geschlossen werden mußte, weil sie nach Angabe der Direktion zurzeit mit Verlust arbeitete. Die Fabrik soll erst wieder geöffnet werden, wenn durch Verminderung der Produktionskosten der Wettbewerb mit der deutschen und tschechischen Konkurrenz wieder aufgenommen werden kann.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 30. Juli. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 23,65, 23,76—23,54; Holland 198,60, 199,60—197,60; London 22,87½, 22,96—22,74; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 26,75, 26,28—26,02; Prag 15,37, 15,44—15,30; Schweiz 96,10, 96,58—95,62; Wien 7,32½, 7,35—7,28; Italien 22,50, 22,61—22,39. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 30. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Złoty 109,47 Geld, 110,03 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief; Neuyork 1 Dollar 5,688 Geld, 5,717 Brief; Zürich 100 Franken 105,11 Geld, 105,64 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 30. Juli		In Billionen 29. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.365	1.375	1.355	1.365
Japan . . . . . . 1 Yen	1.715	1.725	1.715	1.725
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.12	2.14	2.13	2.15
London . . 1 Pfd. Strl.	18.42	18.51	18.415	18.505
Neuyork . . . . 1 Doll.	4.19	4.21	4.19	4.21
Rio de Janeiro 1 Milr.	0.395	0.405	0.395	0.405
Amsterdam . . 100 Fl.	160.10	160.90	159.95	160.75
Brüssel-Antw. 100 Frc.	19.025	19.125	19.25	19.35
Christiania . . 100 Kr.	56.51	56.79	56.51	56.79
Danzig . . . 100 Gulden	73.47	73.83	73.42	73.78
Helsingfors 100 finn M.	10.47	10.53	10.47	10.53
Italien . . . . 100 Lira	18.10	18.20	18.10	18.20
Jugoslavien 100 Dinar	4.98	5.00	4.94	4.96
Kopenhagen . . 100 Kr.	67.58	67.92	67.53	67.87
Lissabon . . 100 Escuto	11.27	11.33	11.27	11.33
Paris . . . . . 100 Frc.	21.00	21.10	21.15	21.25
Prag . . . . . . 100 Kr.	12.39	12.45	12.405	12.465
Schweiz . . . . 100 Frc.	77.46	77.84	77.06	77.44
Sofia . . . . . 100 Leva	3.01	3.03	3.01	3.03
Spanien . . . 100 Pes.	56.61	55.89	55.61	55.89
Stockholm . . . 100 Kr.	111.44	111.58	111.47	112.03
Budapest . . 100000 Kr.	5.29	5.31	5.24	5.26
Wien . . . . 100000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93

Züricher Börse vom 30. Juli. (Amtlich.) Paris 27,25, London 28,74, Neuyork 5,41, Belgien 24,70, Italien 23,40, Prag 16,00.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zl., 1 Dollar, große Scheine 5,16 Zl., kleine 5,11 Zl., 1 Pfund Sterling 22,68 Zl., 100 franz. Franken 25,80 Zl., 100 Schweizer Franken 95,20 Zl.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 30. Juli. Für nom. 1000 Mkp. in Złoty. Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 3,00. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. (exkl. Kupon) 5,35. — Industrieaktien: Arcona 1.—5. Em. (ohne Kupon) 2,50. Centrala Skór 1.—5. Em. 0,60. Galwana 1.—3. Em. 0,60—0,50. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 4,50—4,70. „Len" w Toruniu 1. Em. 0,55. Luban, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 56. Dr. Roman May 1.—5. Em. (ohne Bezugsrecht) 25—26. Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu 4,50. Płótno 1.—3. Em. 0,45—0,40. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. (exkl. Kupon) 1,15. Starogradzka Fabr. Mebl. 1.—2. Em. 0,60. Tkanina 1.—4. Em. 0,50. Tri 1.—3. Em. (exkl. Kupon) 9,50. Wojciechowo Tow. Akc. 1. bis 3. Em. (ohne Bezugsrecht) 0,50. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. (exkl. Kupon) 0,40. Zjed. Browary Grodziskie 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 1,65. Tendenz: fester, bei Mangel an Angebot.

Berichtigung: Der Kurs der Goplana-Aktien vom 29. d. M. muß lauten: 3,10.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. Juli. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung in Złoty.)

Weizen 21,75—23,75, Roggen (alter) 10,60—11,60, Roggen (neuer) 10,00—11,00, Weizenmehl 38,00—40,00 (65% inkl. Säcke), Roggenmehl 1. Sorte 17,25—18,75 (70% inkl. Säcke), Roggenmehl 2. Sorte 20,00 (65% inkl. Säcke), Gerste 11,50—12,50, Braugerste 13,50—14,50, Hafer 13,25—14,25, Roggenkleie 6,90, Winterraps 20,50—22,50, Roggenstroh lose 1,20—1,40, Roggenstroh gepreßtes 2,30—2,60, Heu lose 3,40—4,30, Heu gepreßt 6,00—6,80.

Kleine Umsätze. Tendenz: ruhig.

Danziger Getreidemarkt vom 30. Juli. (Für 100-Kg.-Waggon frei Danzig.) Weizen 14,30—14,50, Roggen 8—8,50, Gerste 10,25 bis 11, Hafer 8,50—9 Gulden.

Berliner Produktenbericht vom 30. Juli. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Station. Weizen märk. 187—192, Tendenz ruhig, Roggen märk. 139—145, westpr. 135—136, ruhig, Sommergerste 162—171, Futtergerste 155—162, matt, Hafer märk. 147—153, abgeschwächt, Weizenmehl für 100 Kg. 25,50—28,50, ruhig, Roggenmehl 21,50—23,50, ruhig, Weizenkleie 10,50, ruhig, Roggenkleie 10,30, ruhig, Raps 280—285, ruhig, Leinsaat 370, ruhig, Viktoriaerbsen 21—23, kleine Speiseerbsen 15—16, Futtererbsen 14,50, Peluschken 14, Ackerbohnen 14—15, Wicken 14—15, blaue Lupinen 9,50—10, Rapskuchen 10,50—10,60, Leinkuchen 20, Trockenschnitzel prompt 9,40—9,50, Kartoffelflocken 21,50—23.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 30. Juli. (Ohne Gewähr.) Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Rinder: 1. Sorte 86 Złoty, 2. Sorte 70—72 Zl., 3. Sorte 50—56 Złoty. — **Kälber:** 1. Sorte 84 Złoty, 2. Sorte 70—72 Zl. 3. Sorte 50—60 Złoty. — **Schweine:** 1. Sorte 126 Złoty, 2. Sorte 116—118 Złoty, 3. Sorte 96—100 Złoty.

Der Auftrieb betrug: 39 Ochsen, 181 Bullen, 260 Kühe, 351 Kälber, 1965 Schweine, 442 Schafe. Tendenz: belebt, bei Rindvieh ruhig.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 30. Juli in Krakau — 2,10 (—), Zawichost 1,48 (—), Warschau 1,08 (—), Plock — (—), Thorn 0,14 (0,18), Fordon 0,28 (0,32), Culm — (0,28), Graudenz 0,22 (0,26), Kurzebrak 0,73 (0,77), Montau 0,26 (0,28), Piekel 0,16 (0,20), Dirschau — 0,06 — (0,03), Einlage 2,26 (2,26), Schiewenhorst 2,52 (2,52) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke, z. Z. in Urlaub; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Grosser Transport Teppiche zu sehr günstigen Preisen eingetroffen!!

Offerieren zu Konkurrenzpreisen:

Plüsch-Teppiche von Złoty 80.—
Woll-Teppiche imitiert Perser

Bouklé-Teppiche
Kelim-Teppiche
Chaiselongue-Decken
Gardinen

Bettdecken
Tischdecken
Glanzdecken
Steppdecken

→ Wir bitten um gefl. Beachtung unserer speziellen Schaufensterdekoration. ←

Chudziński & Maciejewski

BYDGOSZCZ, Gdańska, Ecke Dworcowa. 19311

An die Ansiedler,

deren Besitzrechte auf Grund des polnischen Gesetzes vom 14. Juli 1920 annulliert wurden und die z. Zt. der Annullation polnische Staatsbürger waren.

1. Der Völkerbundrat hat am 17. 6. 1924 im Einvernehmen mit der polnischen Regierung für diejenigen Ansiedler, die z. Zt. der Annullierung ihrer Besitzrechte polnische Staatsangehörige waren, eine Entschädigung festgesetzt. Mit der Verteilung dieser Entschädigung bin ich, **Senator Erwin Hasbach** (Deutsche Fraktion), als Vertrauensmann der polnischen Regierung beauftragt.
2. **Alle Anschriften** sind zu richten an:

Senator Hasbach, Poznań, Wały Leszczyńskiego 2

wo ich mein Büro eingerichtet habe. Dienststund. v. 8-1 u. 4-6½ Uhr.

3. Zur Erlangung der Entschädigung ist ein **Antrag** an den Vertrauensmann, d. h. also an Senator Hasbach, erforderlich.
4. **Die Frist zur Einreichung dieser Anträge läuft am 17. September 1924 ab.** Als Einreichungstag gilt der Tag der Aufgabe bei der Post. **Anträge nach dem 17. September** 1924 werden nicht berücksichtigt.
5. Nach Eingang des Antrages in meinem Büro werde ich den Ansiedlern sofort mitteilen, was sie zur Erlangung der Staatsangehörigkeitsbescheinigung (Ziffer 6), zu tun haben.
6. **Der Antrag an den Vertrauensmann soll etwa lauten:** Ich . . . (Vor- und Zuname) wohnhaft in . . . (jetzige genaue Adresse) bitte um Auszahlung des auf mich entfallenden Betrages der f. annullierte Ansiedler festgesetzten Entschädigung.
   Ich besaß zur Zeit der Annullation die Ansiedlungs-Renten-Pacht-Stelle in (Ort, Kreis) Stellennummer . . . Ich war zur Zeit der Annullierung polnischer Staatsangehöriger. Bescheinigung über meine polnische Staatsangehörigkeit z. Zt. der Annullation werde ich nachreichen. . . . (Ort, Datum) . . . (Vor- und Zuname).
7. **Alle Schreiben** im Verlaufe des Auszahlungsverfahrens sind, wenn durch die Post übersandt, **eingeschrieben zu schicken.**

Warszawa, den 29. Juli 1924.

Hasbach, Senator.

Alle Zeitungen werden um wiederholten Abdruck dieses Aufrufes an sichtbarer Stelle gebeten. 19312

Kursus für Buchführung Stenographie und Maschinenschreiben erteilt 19069
G. Vorreau, Bydgoszcz, ul. Jagiellońska 14.

Zur Ernte!! 19176
„Sisal" Garben-bindegarn
Ia Qualität 350 m Lauflänge, günstig, sof. vom Lager lieferbar. Größtes **Ersatzteillager** zu fast sämtlichen gäng. Maschinen
Witt & Svendsen G. m. b. H. Danzig.

Café **„BRISTOL"** Weindiele
Mostowa 5 · Inh.: **Klemens Balcer** · Telef. 308.

Heute, Donnerstag, den 31. d. Mts.:

Gr. Extra-Konzert

unter dem Titel 19313

Ein Rosenfest!

Bedeutend verstärktes Orchester unter Leitung unseres berühmten Kapellmeisters Herrn **Anton Boczek.**
Wunderbare Dekorationen! Wunderbare Dekorationen!
Beginn des Konzerts um 6 Uhr, des Programms um 8 Uhr.
Eintritt frei! Das Lokal ist bis 2 Uhr nachts geöffnet.

Saison-Ausverkauf! Spottbillig! **M. Kuhrke,** Niedźwiedzia Bärenstraße 4
Hüte v. 2 Zł. ab
Reiher Blumen Bänder.

Getreidemäher
Grasmäher
Pferderechen
Heuwender
Dreschmaschinen
Göpel 19088
Milchzentrifugen
Butterfässer
Großes Ersatzteillager
Günstige Zahlungsbedingungen.
Franc. Kloss, Bydgoszcz, Tel. 1683. Gegr. 1899. Gdańska 97.

Wir liefern:
Destill. Steinkohlenteer
Pa. Dachpappe
Portland-Zement Wysoka Kalk
und alle anderen Baumaterialien
und nehmen dafür Getreide. 19289
Gebr. Schlieper
Baumaterialien-Großhandlung
Tel. 306. Gdańska 99. Tel. 361.

Nowawieś-Wielka. Am 7. August 9787 Vieh- und Pferdemarkt. Die Gemeindeverwaltg.

Robert Böhme G. m. b. H. — Bydgoszcz
Jagiellońska 57
Tel. 42 — Tel. 42
empfiehlt
Zimmer-palmen
in vorzügl. Ware, wie:
Phönix canariensis
Kentia Belmoreana
Kentia Forsteriana
Cocos Weddeliana
Plectogynen, Topffarne

!! 3 Billige Tage 3 !!
Damenstrümpfe
bringe ich in den Tagen 9763
von Freitag bis Dienstag!

Flor	Pa. Seiden-Flor	Seidene
1.30 Zł.	2.50 Zł.	3.30 Zł.

N. HOROWICZ, Pomorska 16.

Wegen Aufgabe meiner Maschinen-Abteilung gebe ich meine größeren Restposten in 19303
Elektromotoren
Transformatoren
Anlassern
Hebelschaltern
Dynamodrähten
Dynamobürsten
Sicherungen
Zellenschaltern
Meßinstrumenten
usw. weit unter Tagespreis ab.
W. Drenker sen., Akkumulatoren-Fabrik Danzig-Langfuhr.



Pianos
solide Bauart, hervorragender Ton, zu Fabrikpreisen, liefert
PIANO-FABRIK
Bruno Sommerfeld
Bydgoszcz, Sniadeckich 56.
Tel. 883. 19274

„Der Weltmarkt"
Organ für die Einkäufer
mit den neuen Rubriken ab 1. April d. J.:
„Auskunftszentrale für den Osten",
„Leistungsfähige deutsche Lieferanten für den Bedarf der Oststaaten", 14971
dient den Interessen des Oststaatlich-Deutschen Handelsverkehrs.
Jahresbezugspreis 6 Dollar einschl. Porto. Einzelne Probenummern kostenfrei durch
J. C. König & Ebhardt, Hannover.
Verlag „Der Weltmarkt".

Bitte lesen!
Zu weit herabgesetzten Preisen verkaufe ich einen größeren Posten feinster
Sommerstoffe
für Herren-Anzüge, Mäntel und Kostüme.
Ferner:
Damen-Mäntel-Stoffe in vielen Farben
um zu räumen, **außerordentlich billig!**
Tuchspezialgeschäft Otto Schreiter
Gdańska 164, neben Kino Kristal.
Verkauf 1. Etage. 9/89 Verkauf 1. Etage.

Kirschsaft frisch von der Presse. **Otto Fuchs,** Wełniany Rynek 2. 9778

Asthma-kranke erhalt. kostenfr. Broschüre Nr. 7. Dr. Hugo Caro, G. m. b. H., Berlin-Friedenau 101. 19008

Pa. Kartoffelkörbe
in jeder Größe und Menge
liefert billigst
Blindenheim
Kollątaja 13/14. 19234 Telephon 1120.

Für Sägewerke
Kreis-, Gatter-, Bandsägeblätter
Schärf-Feilen, Scheiben
in Extra-Qualität (Remscheider Ware)
empfiehlt ab Lager Bydgoszcz 18782
Franz Rosinski, Bydgoszcz,
Dworcowa 52. :: Telefon 394 und 369.



Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos **Kukirol** 18637
Aerztlich empfohlen. Millionenfach bewährt.
In Apotheken u. Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundlaufen Kukirol-Fußbad.
Ständige Niederlage: **Drogerie Ad. Sturtzel,** Nakło-Noteć